



Georg Lutz

Eidgenössische Wahlen 2007

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

selects

Lausanne, 2008

Lutz, Georg
Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid.
Lausanne: Selects – FORS, 2008.

Herausgeber: Selects – FORS

Das Wahlforschungsprojekt Selects sowie Druck und Übersetzung dieser Broschüre wurden unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, Projekt – Nr. 10FI13-111475 und 10FI13-119358.

Selects ist der Stiftung FORS in Lausanne angegliedert.

Bezugsquelle:
Selects – FORS
Universität de Lausanne, Vidy
CH-1015 Lausanne
Tel. 021 692 37 30
Fax. 021 692 37 35
e-mail: georg.lutz@fors.unil.ch

www.selects.ch
www.fors.unil.ch

Übersetzung: Sonja Gurtner, Line Rennwald, Amal Tawfik (Französisch);
Andrea Plata, Emilio Violi (Italienisch).

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright © bei den Herausgebern.
Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung der Herausgeber ist unzulässig.

Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern.
Dieses Papier wurde chlorfrei gebleicht und neutral geleimt.

ISBN 978-2-940416-00-4

Das Wichtigste in Kürze

SVP und Grüne sind die Sieger der Wahlen 2007, SP und FDP die Verlierer: Die Befragung von 4392 Stimmberechtigten und 1707 Kandidierenden im Rahmen des Wahlforschungsprojektes Selects sagt, warum.

Die SVP trifft die Sorgen ihrer Wählerschaft mit Abstand am besten: SVP-Wähler haben ein deutlich grösseres Vertrauen, dass ihre Partei das wichtigste politische Problem lösen kann, als die Wählerschaft der anderen Parteien. Ausländer und Migration waren das wichtigste Problem für die SVP-Wählerbasis. Damit ist die SVP-Wählerschaft weniger differenziert als die Partei. Kandidierende der SVP nannten Kriminalität und Sicherheit am häufigsten als wichtigstes Problem, bei der Wählerschaft wird dies häufiger als generelles Ausländerproblem wahrgenommen.

Die SVP hat vor allem von der FDP Wählerinnen und Wähler gewonnen. Deutlich zulegen gegenüber 2003 konnte die SVP bei Personen mit einem Haushaltseinkommen von 3000-5000 Fr. sowie mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss. Dort erreichte die SVP einen Wähleranteil von je 40%.

Die Gewinne der SVP sind nicht erst auf die Schlussmobilisierung der letzten Wochen zurückzuführen. Das Fundament des SVP-Wahlerfolges wurde bereits sehr viel früher gelegt: Die SVP ist vor allem bei jenen übervertreten, die schon immer gewusst haben, wem sie ihre Stimme geben werden.

Der zeitliche Vergleich zeigt, dass es innerhalb des bürgerlichen Lagers in den letzten 12 Jahren zu einer starken Umgruppierung gekommen ist. 1995 verfügten CVP, FDP und SVP noch je über einen liberalen und einen konservativen Flügel. 2007 wählten jene, die sich rechts einstufen, grossmehrheitlich SVP. Der rechte Flügel von FDP und CVP ist marginalisiert.

Bei den Grünen gingen die Gewinne vor allem auf Kosten der SP und sind auf die Sorge um Klima und Umwelt zurückzuführen. Die beiden linken Parteien kämpfen um die gleiche Wählerbasis: die meisten SP-Wählerinnen und Wähler können sich auch vorstellen, grün zu wählen und umgekehrt. Beide Parteien sind zudem klar links positioniert und haben wenig Ausstrahlung in die Mitte. Auffällig ist auch, dass die Kandidierenden von SP und Grünen klar linker sind als ihre Wählerbasis.

Die FDP hat ein starkes Vertrauensproblem. Nur eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler der eigenen Partei sieht die FDP als fähigste Partei, das wichtigste Problem zu lösen. Unter den vier grossen Parteien verfügt die FDP auch deutlich über die geringste Ausschöpfung ihrer potentiellen Wählerinnen und Wähler. Der FDP ist es nicht gelungen, vermehrt Junge anzusprechen.

Ingesamt gaben die Kandidierenden 2007 mindestens 25 Mio. Fr. aus. Pro Wahlberechtigten entspricht das gut 5 Fr. Hinzu kommen noch die Ausgaben von Parteien und weiteren Gruppierungen. Die Wahlkampfausgaben in der Schweiz sind vergleichbar mit jenen anderer Länder. In den USA werden die Präsidentschaftswahlen 2008 geschätzt 1. Mia \$ kosten, was pro Kopf der 200 Mio. Stimmberechtigten 5 \$ entspricht.

Bürgerliche Kandidierende geben im Durchschnitt um die 15'000 Fr. für ihren Wahlkampf aus, bei der SP sind dies 6'800 Fr. und bei den Grünen 3'100 Fr. Dabei gibt es auch innerhalb der Parteien riesige Unterschiede: Die grosse Zahl jener, die sich keine Chancen auf einen Sitz ausrechnen gibt auch kaum Geld für den Wahlkampf aus. Teure Wahlkämpfe führen jene, die sich gute Chancen ausrechnen, sich ihres Sitzes aber nicht sicher sind.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	<i>Die Wahlen 2007</i>	1
1.2	<i>Der Inhalt dieser Broschüre</i>	3
1.3	<i>Die Eckdaten der Studie</i>	4
2	Die Wahlteilnahme	7
3	Der Wahlentscheid	13
3.1	<i>Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen</i>	13
3.2	<i>Wählerwanderungen</i>	18
3.3	<i>Entscheidfindung und Wahlentscheid</i>	21
3.4	<i>Politische Einstellungen und Wahlentscheid</i>	24
4	Parteipotentiale und ihre Ausschöpfung	33
5	Die Kandidierenden	37
6	Anhang	49
6.1	<i>Das Selects-Projekt</i>	49
6.2	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	50
6.3	<i>Die Befragungen</i>	51
6.4	<i>Gewichtung</i>	53

Parteiabkürzungen

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
GPS	Grüne Partei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei Schweiz
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1	Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2007 (in %).	2
Tabelle 2	Sitzverteilung im Ständerats 1995 bis 2007.	2
Tabelle 3	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2007.	8
Grafik 1	Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2007.	9
Tabelle 4	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2007.	10
Tabelle 5	Wichtigster Grund sich zu beteiligen 1995-2007.	10
Grafik 2	Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Sprachregionen 2007.	11
Grafik 3	Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Parteientscheid 2007.	12
Tabelle 6	Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2007.	14
Grafik 4	Wahlentscheid nach Alter 2007.	16
Tabelle 7	Wahlentscheid 2007 im Vergleich zum Wahlentscheid des Vaters.	17
Tabelle 8	Mobilisierungsprozesse: Entscheid 2007 nach Verhalten 2003.	19
Tabelle 9	Demobilisierungsprozesse: Verhalten 2007 nach Entscheid 2003.	20
Grafik 5	Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2007 im Vergleich.	21
Grafik 6	Art der Stimmabgabe 1995-2007.	22
Grafik 7	Entscheidzeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2007.	22
Tabelle 10	Art der Stimmabgabe und SVP-Wahl 2007.	23
Tabelle 11	Entscheidzeitpunkt und Parteientscheid 2007.	24
Tabelle 12	Subjektive Einschätzung des eigenen Entscheides 2007.	24
Grafik 8	Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft 2007.	25
Grafik 9	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995.	26
Grafik 10	Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2007.	26
Grafik 11	Beliebtheit wichtiger Politiker nach Parteientscheid.	28
Tabelle 13	Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2007, sowie 2007 nach Parteientscheid und Sprachregion.	30
Tabelle 14	Partei, die am kompetentesten ist, das wichtigste Problem zu lösen.	31
Tabelle 15	Verlässliches und maximales Potential sowie deren Ausschöpfungsquote 2007 und 2003.	34

Tabelle 16	Die Struktur des Parteienwettbewerbs 2007.	36
Tabelle 17	Selbsteinschätzung der Wahlchancen der Kandidierenden.	38
Tabelle 18	Mitgliedschaft der Kandidierenden in verschiedenen Organisationen.	39
Tabelle 19	Kandidierende nach Besetzung von öffentlichen und Parteiämtern 2007.	40
Tabelle 20	Nutzung und Bedeutung verschiedener Wahlkampfinstrumente.	41
Tabelle 21	Wahlkampfausgaben der einzelnen Kandidierenden.	43
Grafik 12	Wahlkampfausgaben nach persönlichen Chancen.	44
Grafik 13	Einordnung auf der Links-Rechts Skale der Kandidierenden im Vergleich zur Wählerschaft.	45
Tabelle 22	Wichtige Probleme der Kandidierenden im Vergleich zur Wählerschaft.	46

1 Einleitung

1.1 Die Wahlen 2007

Die Wahlen 2007 waren stark von der SVP geprägt; die SVP dominierte und polarisierte die Wahlkampagne wie bereits in den Wahljahren zuvor. Schwerpunkt der Kampagne der SVP war in einer ersten Phase bis Ende August 2007 die Forderung der konsequenteren Ausschaffung krimineller Ausländer. Dieses Thema wurde durch eine entsprechende Initiative und ein Aufsehen erregendes Plakat unterlegt, auf dem zu sehen ist, wie weisse Schafe ein schwarzes Schaf aus der Schweiz hinausbefördern. In der zweiten Phase zwischen Ende August und dem Wahltag am 23. Oktober bildete die Person Christoph Blocher den Schwerpunkt der SVP-Kampagne. Noch bevor die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates Anfang September SVP-Bundesrat Christoph Blocher wegen dessen Amtsführung im Zuge des Abgangs von Bundesanwalt Valentin Roschacher kritisierte, ging die SVP Ende August präventiv in die Offensive und unterstellte den anderen Parteien einen Geheimplan zur Abwahl Christoph Blochers aus dem Bundesrat. Diesen gelte es durch die Stärkung der SVP bei den Wahlen zu verhindern. Prägend für die Endphase des Wahlkampfes 2007 waren zudem die Ausschreitungen am 6. Oktober 2007 in Bern: Auf eine seit langem angekündigte Demonstration zur Schlussmobilisierung der SVP reagierten linke Gruppierungen mit einem Aufruf zu einer Gegendemonstration, welche nicht bewilligt wurde. Es kam daraufhin in der Stadt Bern zu gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Polizei sowie zu starken Sachbeschädigungen auf dem Bundesplatz; die SVP wurde daran gehindert, ihren Demonstrationszug durch die Stadt Bern durchzuführen.

Die anderen Parteien taten sich neben der SVP schwer, den eigenen Anliegen Gehör zu verschaffen. Am stärksten konnten sich die Grünen profilieren, vor dem Hintergrund der weltweit geführten Debatte über den Klimawandel und deren Folgen, die auch in der Schweiz über Monate starke Resonanz in den Medien fand. Bei den übrigen Parteien blieben die Inhalte und Kampagneschwerpunkte bis am Schluss unklar.

Jene Parteien, die im Wahlkampf die grösste Aufmerksamkeit erregten, konnten auch am 23. Oktober zu den Gewinnern zählen (vgl. Tabelle 1). Der SVP gelang es zum fünften Mal in Folge, ihren Stimmenanteil im Nationalrat zu steigern; sie wurde mit deutlichem Abstand grösste Partei und erreichte einen Stimmenanteil, der seit der Einführung des Proporz 1919 keine andere Partei je erreicht hatte. Die GPS konnte ihren Stimmenanteil ebenfalls stark ausbauen, es gelang ihr aber nicht, die 10%-Marke zu überschreiten. Zu den Verlierern der Wahlen 2007 gehört die SP. Sie verlor 3,8 Prozentpunkte der Stimmen gegenüber 2003 und fiel unter die 20%-Marke. Die FDP musste ebenfalls Verluste hinnehmen. Sie

blieb zwar mit 15,8% drittstärkste Partei, der Abstand zwischen FDP und CVP hat sich jedoch gegenüber 2003 nochmals verkleinert. Der CVP gelang es, den seit 1979 anhaltenden Abwärtstrend zu stoppen und die Partei konnte leichte Gewinne verbuchen.

Tabelle 1 Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen 1995 bis 2007 (in %).

<i>Partei</i>	<i>1995</i>	<i>1999</i>	<i>2003</i>	<i>2007</i>
SVP	14.9	22.5	26.7	28.9
FDP	20.2	19.9	17.3	15.8
CVP	16.8	15.9	14.4	14.5
SP	21.8	22.5	23.3	19.5
GPS	5.0	5.0	7.4	9.6
<i>Übrige</i>	21.3	14.2	10.9	11.7

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Gleichzeitig mit den Nationalratswahlen fanden auch Ständeratswahlen statt. Diese zeigten ein anderes Bild als die Nationalratswahlen. Der Ständerat ist immer noch von CVP und FDP dominiert – Parteien, die im Nationalrat inzwischen die kleineren der Bundesratsparteien sind. Der SVP ist es auch 2007 nicht gelungen, ihren Stimmenzuwachs im Nationalrat der letzten 12 Jahre in Ständeratssitze umzusetzen; der Stimmenzuwachs der SVP hat SVP-Kandidaten bei Majorzwahlen nicht mehrheitsfähig gemacht. Im Gegenteil hat die SVP gegenüber 2003 sogar einen Sitz eingebüsst. Die SP musste im Ständerat keine Verluste hinnehmen wie im Nationalrat und konnte ihre Sitzzahl halten. Der GPS gelang erstmals der Einzug in den Ständerat mit zwei Sitzen.

Tabelle 2 Sitzverteilung im Ständerats 1995 bis 2007.

<i>Partei</i>	<i>1995</i>	<i>1999</i>	<i>2003</i>	<i>2007</i>
SVP	5	7	8	7
FDP	17	17	14	12
CVP	16	15	15	15
SP	5	6	9	9
GPS				2
<i>Übrige</i>	3	1		1
Total	46	46	46	46

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Zum dritten Mal in Folge entwickelte sich die Stimmbeteiligung positiv. Es gingen 2007 48,3% der Stimmberechtigten an die Urne, was eine Steigerung um 3 Prozentpunkte gegenüber 2003 bedeutet. Damit ist die Wahlbeteiligung in der Schweiz im internationalen Vergleich zwar immer noch sehr tief, aber immerhin

konnte der fast kontinuierliche Abwärtstrend sinkender Beteiligungsraten zwischen 1947 und 1995 erneut umgekehrt werden.

Die Schweizerischen Wahlen 2007 stellten in verschiedener Hinsicht eine Zäsur dar. Bereits erwähnt wurde der höchste Stimmenanteil einer Partei – der SVP – seit der Einführung des Proporzsystemes 1919. Ebenfalls bedeutet der Stimmenanteil der GPS von 9,6% den höchsten Stimmenanteil, den je eine der „kleinen“ Parteien seit 1919 auf sich vereinigen konnte. 1967 hatte der Landesring der Unabhängigen 9,1% erreicht. Hinzu kam, dass es mit der Nicht-Wahl von Christoph Blocher bei den Gesamterneuerungswahlen der Regierung durch die vereinigte Bundesversammlung wie schon 2003 einen erzwungenen Wechsel im Bundesrat gab. Vor 2003 kam es während mehr als 120 Jahren nur dann zu Neubesetzungen im Bundesrat, wenn ein Mitglied selber zurücktrat. 2003 wurde Christoph Blocher anstelle der CVP-Frau Ruth Metzler in den Bundesrat gewählt. Blochers Amtszeit wurde 2007 nach nur vier Jahren beendet, wobei aber nicht ein Wechsel der parteipolitischen Zusammensetzung stattfand, sondern mit Evelyn Widmer-Schlumpf eine SVP-Frau in den Bundesrat gewählt wurde. Dies allerdings gegen den Willen der Mehrheit der SVP-Fraktion. Die SVP deklarierte daraufhin, dass sie in die „Opposition“ gehe, über deren Funktion im politischen System Schweiz allerdings Unklarheit herrscht.

1.2 Der Inhalt dieser Broschüre

Diese Broschüre macht erste Ergebnisse des Wahlforschungsprojektes Selects einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Wir gehen in dieser Broschüre zwei Fragen nach:

- Wer beteiligt sich an Wahlen aus welchen Gründen?
- Wer entscheidet sich für eine bestimmte Partei/einen bestimmten Kandidaten aus welchen Gründen?

Eine einfache Beantwortung dieser Fragen gestaltet sich deswegen als schwierig, weil der Gegenstand der Untersuchung sich aus heterogenen und veränderlichen Motiven zusammensetzt. Seit vielen Jahren versucht die Wahlforschung mit unterschiedlichen Modellen und Vorgehensweisen Antworten darauf zu erhalten, warum sich ein bestimmtes Individuum so und ein anderes anders entscheidet. Die Erforschung des Wählerverhaltens gleicht dem Zusammensetzen eines Puzzles, dessen Vorlage unbekannt ist. Definitive Befunde sind nicht möglich. Wir präsentieren in dieser Broschüre ausgewählte Merkmale des Teilnahmes- und Wahlentscheidens. Bedeutsam ist für die Fragestellungen der Zeitvergleich, der sich im vorliegenden Fall über den Zeitraum von 1995, als das Selects-Projekt zum ersten Mal durchgeführt wurde, bis 2007 erstreckt. Ob z. B. eine Beteiligung einer Gruppe nun hoch oder niedrig ist, lässt sich nur einschätzen, wenn Bezugspunkte vorhanden sind.

Im ersten Teil der Broschüre werden wir Unterschieden in der Beteiligung nach verschiedenen sozialen und politischen Merkmalen nachgehen. Der zweite Teil befasst sich mit der Frage, welche Faktoren den Entscheid für eine bestimmte Partei erklären können. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit der Entwicklung der Parteipotentiale sowie der Überlappung der Potentiale der verschiedenen Parteien, da diese Frage nun insbesondere vor dem Hintergrund des selbst-erklärten Oppositionskurses der SVP von Bedeutung ist. Schliesslich stellt ein letzter Teil ausgewählte Ergebnisse der Befragung aller Kandidierenden für den Nationalrat vor, die 2007 ein neues Element der Erhebungen im Rahmen des Selects-Projekts bildeten. In die Analyse einbezogen wurden jeweils die vier Bundesratsparteien SVP, FDP, CVP und SP, sowie die GPS. Andere Parteien wurden nicht einbezogen, da bei den relativ kleinen Wähleranteilen die Fallzahlen in der Befragung zu klein sind, um sinnvolle Aussagen machen zu können.

1.3 Die Eckdaten der Studie

Eine Nachwahlbefragung wurde im Rahmen des Selects-Projektes zum ersten Mal 1995 durchgeführt. Für die vorliegende Publikation wurden alle vier Befragungen zwischen 1995 und 2007 verwendet. Die Untersuchung basiert auf telefonischen Interviews, die jeweils nach dem Wahltag geführt wurden. 2007 wurden zwischen dem 22. Oktober und dem 5. November insgesamt 4392 Stimmberechtigte durch das LINK-Institut befragt. 2005 dieser Interviews bildeten eine für die ganze Schweiz repräsentative Stichprobe aller Haushalte, 2387 Interviews wurden zusätzlich in verschiedenen Kantonen durchgeführt, um in jedem Kanton mindestens 100 Personen in der Stichprobe zu haben, sowie um in den Kantonen Zürich, Tessin und Genf je 600 Interviews durchführen zu können. In den Jahren 1995 bis 2003 bildeten ebenfalls je rund 2000 Interviews das Kernstück der Befragung. Je nach Studiendesign wurden jeweils unterschiedlich viele zusätzliche Interviews durchgeführt, so dass die Zahl der Befragten 1995 insgesamt 7'261 Interviews, 1999 insgesamt 3'257 und 2003 insgesamt 5'989 Interviews umfasste.

Wir haben in der Analyse jeweils alle Interviews einbezogen. Die Aufstockung der Zahl der Befragten in einzelnen Kantonen bedingte, dass die Daten gewichtet werden mussten, um national repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Zusätzlich haben wir mittels Gewichtungen die jeweils auftauchenden Verzerrungen in der Beteiligung und dem Parteientscheid ausgeglichen (eine detaillierte Beschreibung dazu findet sich im Anhang).

In allen Tabellen präsentieren wir nur Ergebnisse, die statistisch signifikant, d.h. überzufällig sind. Die realen Ergebnisse liegen jeweils in einer Bandbreite, dem sogenannten Stichprobenfehler. Dieser variiert in Abhängigkeit der in die Analyse einbezogenen Fälle sowie der Verteilung. Bei einer Verteilung von 50-50 ist der Stichprobenfehler unter Einbezug aller 4392 Befragten +/- 1,5%. Umfasst eine

Analyse zahlenmässig weniger Fälle, wird der Stichprobenfehler grösser. Teil der Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Zugang zu den Daten, damit Interessierte die Analysen nachvollziehen können. Die für die vorliegende Studie verwendeten Umfragedaten sind unter www.fors.unil.ch zugänglich.

2 Die Wahlteilnahme

Wie bereits 2003 ist 2007 die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Wahlen leicht angestiegen. Mit 48,3% liegt sie allerdings noch immer weit unter dem Durchschnitt für nationale Wahlen in anderen Demokratien. Zwei Gründe werden für die geringe Wahlbeteiligung in der Schweiz angeführt. Zum einen gibt es in der Schweiz zwei bis vier mal pro Jahr Volksabstimmungen. Damit werden die Schweizerinnen und Schweizer deutlich häufiger an die Urne gerufen als die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder. Da man an der Urne die wichtigsten Sachfragen direkt entscheiden kann, sinkt auch die Bedeutung von Wahlen. Zum anderen war die Parteienlandschaft lange Zeit sehr stabil und Wahlen hatten in der Schweiz nach der Einführung der Zauberformel 1959 und der ritualisierten Bestätigung der Bundesratsmitglieder jeweils nach der Wahl des Nationalrates bis 2003 nie einen direkten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung. Dies hat sich 2003 durch die Nicht-Wiederwahl von Ruth Metzler und 2007 von Christoph Blocher geändert. Die Frage der Regierungszusammensetzung hat mit grosser Wahrscheinlichkeit zur gesteigerten Mobilisierung beigetragen.

Die Beteiligung ist nicht zufällig in der Bevölkerung verteilt, sondern unterscheidet sich nach verschiedenen sozialen Merkmalen (vgl. Tabelle 3). Einen signifikanten Unterschied in der Beteiligung gibt es bei Wahlen in der Schweiz immer noch zwischen Männern und Frauen. 2007 haben sich 55% der Männer und 43% der Frauen an den Wahlen beteiligt. Dieser Unterschied ist gegenüber den Wahlen 2003 nicht kleiner geworden. Im Gegenteil hat sich der Unterschied seit Mitte der 90er Jahre eher wieder vergrössert, während es lange Zeit nach 1971, d.h. nach der Einführung des Frauenstimmrechts, eine Abnahme der Beteiligungsdifferenz gab. Damit gehört die Schweiz im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien nicht nur zum Land, bei dem es eine solche Differenz noch gibt, sondern die Differenz in der Wahlbeteiligung ist auch mit Abstand am grössten.

Grosse Unterschiede gibt es in der Beteiligung nach Alter. Es gilt, wie bei fast allen Studien über die Beteiligung weltweit: je älter, desto höher die Beteiligung. In der Gruppe der 18-24-Jährigen ist bei der Beteiligung in den letzten 12 Jahren allerdings ein starker Anstieg zu beobachten. 1995 hatten sich gerade 21% in dieser Alterskategorie an den Wahlen beteiligt, 2007 waren es 35%. Der Anstieg erfolgte allerdings nicht erst bei den Wahlen 2007, sondern bereits 1999 und 2003. Die 18-24-Jährigen erreichten nun das gleiche Beteiligungsniveau wie die 25-34-Jährigen. Bei den 25-34 und den 35-44-Jährigen ist das Beteiligungsniveau weitgehend stabil geblieben, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Zuwächse gab es bei den 55-64-Jährigen und in der Altersgruppe 75+, vor allem gegenüber 2003.

Tabelle 3 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2007.

	1995	1999	2003	2007
<i>Beteiligung insgesamt</i>	42	44	45	48
<i>Nach Geschlecht</i>				
Männer	46	51	52	55
Frauen	39	37	40	43
<i>N</i>	7569	3253	5887	4396
<i>Nach Alter</i>				
18-24	21	28	33	35
25-34	30	29	31	34
35-44	43	40	37	39
45-54	51	52	50	53
55-64	52	52	55	60
65-74	61	57	61	58
75+	58	56	53	62
<i>N</i>	7563	3253	5887	4396
<i>Nach höchster abgeschlossener Schulbildung</i>				
Obligatorische Schule, Anlehre	39	31	33	38
Berufslehre	37	39	43	43
Matur, Fachhochschule, Universität	53	59	56	61
<i>N</i>	7481	3232	5847	4363
<i>Nach Einkommen</i>				
Bis 3000	39	33	34	35
3001- 5000	36	39	41	44
5001- 9000	45	44	48	47
9001 und mehr	52	59	55	58
<i>N</i>	6779	2828	5086	3731
<i>Nach Zivilstand</i>				
Verheiratet	49	51	51	54
Alleinstehend	33	35	39	38
Geschieden/Getrennt	32	33	34	45
Verwitwet	44	39	45	41
<i>N</i>	7564	3249	5868	4391

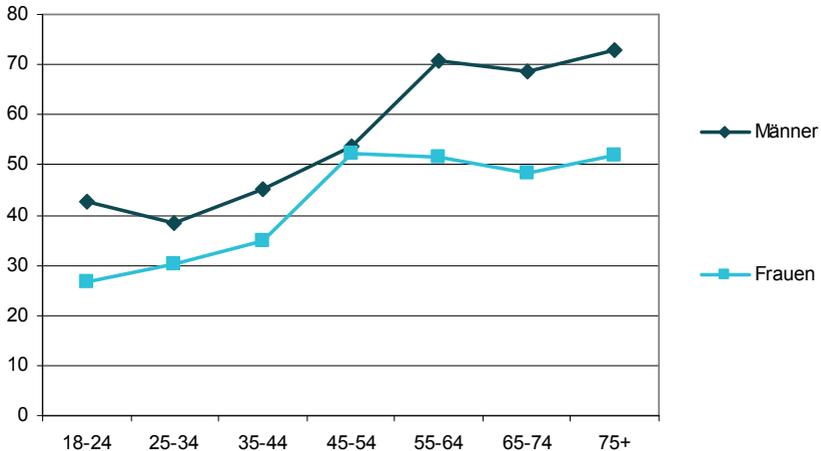
Lesebeispiel: Bei den Männern betrug die Wahlbeteiligung 1995 46%, bei den Frauen 39%.

Interessant ist ein Vergleich der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht (vgl. Grafik 1). Unterschiede in der Beteiligung zwischen den Geschlechtern gibt es in allen Altersgruppen. Junge Männer beteiligen sich klar häufiger an den Wahlen als Frauen, dann nähern sich die Geschlechter einander an und ab 55 geht die Schere in der Beteiligung wieder auseinander. In dieser Generation der über 55-jährigen Schweizerinnen und Schweizer wirkt immer noch die späte Einführung des Frauenstimmrechts nach.

Bekanntere Unterschiede gibt es in Abhängigkeit von Bildung und Einkommen. Personen mit hoher Bildung und Einkommen gehen deutlich häufiger bei Wahlen zur Urne als Personen mit geringer Bildung und Einkommen. Bei jenen mit niedriger und jenen mit hoher Bildung gab es 2007 einen Anstieg gegenüber 2003, während die Beteiligung in der mittleren Gruppe konstant blieb. Auch beim Zivilstand gibt es konstante Unterschiede: Verheiratete beteiligen sich deutlich häufiger als Ledige, die Beteiligung Geschiedener und Verwitweter liegt dazwi-

schen. Dieser Zusammenhang verschwindet, wenn man das Alter ebenfalls einbezieht, da Junge wesentlich häufiger ledig sind als ältere Personen. Personen, die heiraten, sind sozial besser integriert, interessieren sich häufiger für Politik und beteiligen sich häufiger an Wahlen.

Grafik 1 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht 2007.



(N=4396).

Auch nach unterschiedlichen politischen Einstellungen unterscheidet sich die Beteiligung stark (vgl. Tabelle 4). Personen, die links und solche, die rechts eingestellt sind, beteiligen sich häufiger, als Personen, die sich politisch in der Mitte ansiedeln. Einen sehr starken Zusammenhang gibt es zwischen politischem Interesse sowie der Beteiligung bei Abstimmungen und der Teilnahme an Wahlen. Wer sich stark für Politik interessiert und in der Regel abstimmen geht, begibt sich in den meisten Fällen auch bei Wahlen an die Urne. Wer sich überhaupt nicht für Politik interessiert und nicht abstimmt, bleibt bei den Wahlen zu Hause. Die Beteiligung ist in den letzten 12 Jahren vor allem bei jenen gestiegen, die unregelmässig oder häufig auch bei Abstimmungen teilnehmen und sich für Politik interessieren. Bei jenen die angeben, selten bis nie an Abstimmungen teilzunehmen und auch bei jenen, die sich nicht für Politik interessieren, ist die Beteiligung konstant tief geblieben.

Tabelle 4 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Einstellungen 1995-2007.

	1995	1999	2003	2007
<i>Politische Orientierung</i>				
Links (0-3)	52	52	55	57
Mitte (4-6)	41	42	41	44
Rechts (7-10)	57	51	59	58
<i>N</i>	6422	2914	5321	4100
<i>Interesse an Politik</i>				
Sehr interessiert	73	82	81	85
Eher interessiert	49	55	54	61
Eher nicht interessiert	24	24	24	24
Überhaupt nicht interessiert	7	9	8	8
<i>N</i>	7531	3251	5876	4387
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>				
0 bis 3 von 10	9	6	6	8
4 bis 6 von 10	25	29	31	34
7 bis 10 von 10	67	72	72	76
<i>N</i>	6736	3139	5630	4250

Lesebeispiel: Bei jenen, die sich links einstufen betrug die Wahlbeteiligung 1995 52%.

Schliesslich haben wir noch die Motive für den Wahlentscheid im zeitlichen Vergleich untersucht (vgl. Tabelle 5). Wichtigster Grund für die Wahlteilnahme ist 1995-2007 der Wunsch nach Mitbestimmung. Zweitwichtigster Grund ist die Beteiligung aus Tradition oder Pflicht. Wichtiger geworden gegenüber 1999 und 2003 ist, dass die Leute eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten unterstützen wollen.

Tabelle 5 Wichtigster Grund sich zu beteiligen 1995-2007.

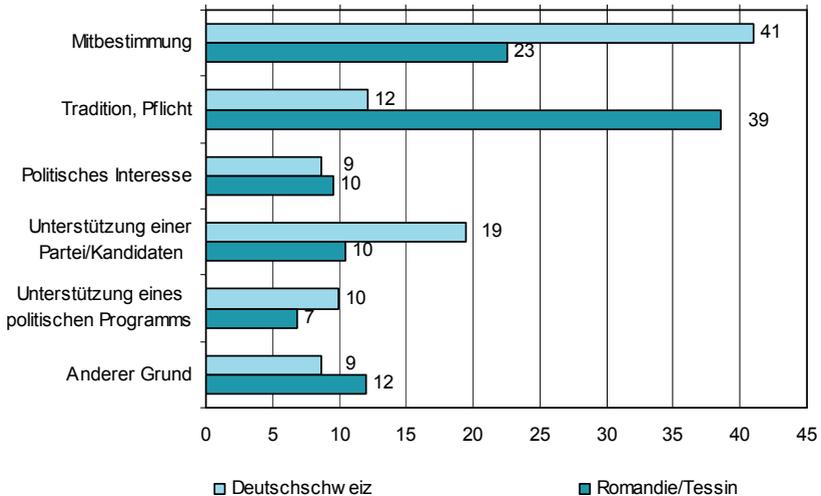
	1995	1999	2003	2007
Mitbestimmung	35	38	39	36
Tradition, Pflicht	24	21	18	19
Politisches Interesse	12	14	11	9
Unterstützung einer Partei/Kandidaten	16	13	13	17
Unterstützung eines politischen Programms	7	8	8	9
Anderer Grund	6	7	10	10
Total	100	100	100	100
<i>N</i>	3191	1401	2641	2105

Lesebeispiel: Von den Wählenden 1995 gaben 35% an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben, weil sie mitbestimmen wollen.

Wie bereits frühere Studien gezeigt haben, gibt es in der Motivation für die Wahlteilnahme erhebliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen (vgl. Grafik 2). In der Deutschschweiz geben über 40% der Wählenden an, sich zu beteiligen, weil sie mitbestimmen wollen. In der Romandie und dem Tessin sind es nur 23%. Dafür ist in der lateinischen Schweiz der Anteil jener grösser, die aus Pflichtgefühl oder Tradition wählen gehen. 39% der Wählenden gaben dies in der Romandie/Tessin als Grund an, in der Deutschschweiz sind es hingegen nur

12%. In der Deutschschweiz gehen auch mehr wählen, weil sie eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten unterstützen wollen.

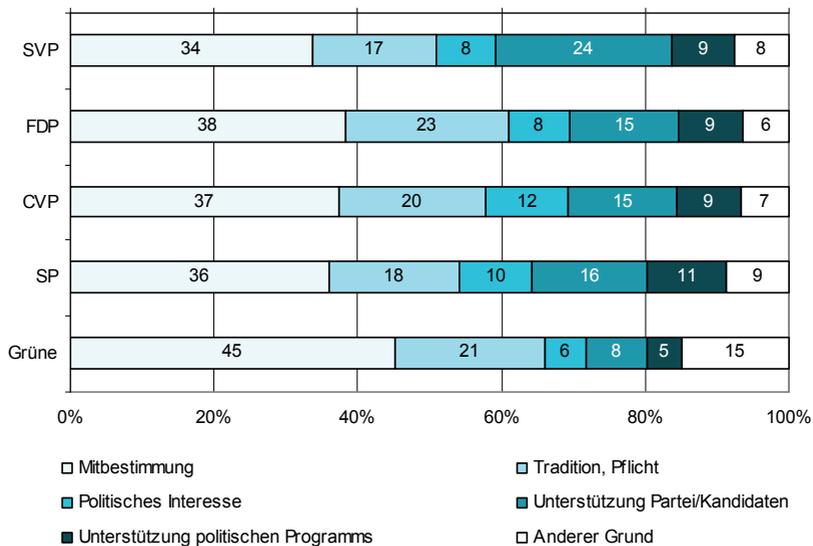
Grafik 2 Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Sprachregionen 2007.



Lesebeispiel: Von den Wählenden 2007 gaben in der Deutschschweiz 41% und in der Romandie 23% an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben, weil sie mitbestimmen wollen. (N Deutschschweiz 1525; Romandie 581).

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aufschlüsselung der Motivation nach dem Parteientscheid (vgl. Grafik 3). SVP-Wählende nannten klar häufiger als die Anhänger anderer Parteien, dass sie sich beteiligen, weil sie eine bestimmte Partei oder Kandidaten unterstützen wollten. Geringer ist bei der SVP der Anteil jener, die aus Pflichtbewusstsein wählen gingen. Bei der FDP und bei der CVP ist der Anteil jener höher, die aus Tradition wählen gehen. Bei der Wählerschaft der Grünen ist die Mitbestimmung wichtiger, die Unterstützung für die Partei hingegen klar weniger wichtig als Grund, überhaupt wählen zu gehen. Dies gibt einen Hinweis darauf, dass bei den SVP-Wählenden die Unterstützung von Christoph Blocher als Bundesrat und die damit verbundene Stärkung der Partei ein wichtiger Grund war, sich zu beteiligen. Bei den Grünen dürfte hingegen eher die Sorge um das Klima und den Umweltschutz von Bedeutung sein.

Grafik 3 Wichtigster Grund sich zu beteiligen nach Parteientscheid 2007.



Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden 2007 gaben 34% an, sich an den Wahlen beteiligt zu haben, weil sie mitbestimmen wollen, 17% wählten aus Tradition oder Pflichtbewusstsein, 8% aus politischem Interesse, 24% weil sie eine bestimmte Partei oder Kandidierenden unterstützen. (N SVP 572, FDP 313, CVP 286, SP 390, Grüne 190).

3 Der Wahlentscheid

Wer welche Partei warum wählt, ist die Kernfrage der Wahlforschung. Wie kommt es innerhalb desselben politischen Raumes dazu, dass ein Wähler sich für eine Partei, eine andere Wählerin sich für eine andere Partei entscheidet? Abschliessende Antworten darauf kennen wir nicht, weil wir die Gedankengänge einzelner Individuen nicht im Detail nachvollziehen können und auch die Motivationen eines solchen Entscheides zu komplex sind, als dass man sie auf einzelne Faktoren reduzieren könnte. Möglich ist aber, den Parteientscheid mit verschiedenen sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen in Verbindung zu setzen und so einen Einblick in die unterschiedliche Motivation der Wählerinnen und Wähler, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden, zu erlangen.

3.1 *Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen*

In einem ersten Schritt werden wir nun die Wahl einer bestimmten Partei nach verschiedenen sozialen Merkmalen im Längsschnitt 1995-2007 untersuchen.

Zwischen Männern und Frauen lassen sich nicht bei allen Wahlgängen Unterschiede beobachten (vgl. Tabelle 6). Sowohl bei den Wahlen 2007 als auch 1995 gab es keine signifikanten Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen. 1999 und 2003 gab es solche Unterschiede, sie waren aber nicht sehr deutlich. Die SVP war in diesen Jahren bei Männern attraktiver als bei den Frauen, SP und CVP wurden von Frauen überdurchschnittlich gewählt.

Recht deutliche Unterschiede zeigen sich hingegen, wenn man das Wahlverhalten nach Alter aufschlüsselt (vgl. Grafik 4 und Tabelle 6). 2007 gab es ein klares Muster: Bei der SVP entsprach der Wähleranteil bei den 18-24-Jährigen dem gesamtschweizerischen Total. Das bedeutet, dass es der SVP gelungen ist, viele Junge anzusprechen. Dann sinkt der Wähleranteil in der Altersgruppe 25-34 stark ab, um dann kontinuierlich wieder anzusteigen. Auch bei der FDP steigt der Wähleranteil mit zunehmenden Alter. Die FDP konnte ihrem eigenen Anspruch, Junge vermehrt anzusprechen, nicht gerecht werden. Je jünger die Wählerschaft, desto geringer die FDP-Wählerbasis. Die CVP hat einen recht konstanten Wähleranteil, einzig bei den über 75-jährigen nimmt der Wähleranteil ab. Die SP ist überdurchschnittlich vor allem bei den 45-54- und den 55-64-Jährigen vertreten. Hingegen steht sie bei den Jungen in starker Konkurrenz zu den Grünen. In der Gruppe der 25-34-Jährigen hat die SP sogar einen kleineren Wähleranteil als die Grünen. Bei den Grünen sinkt der Wähleranteil danach jedoch kontinuierlich ab.

Tabelle 6 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen 1995-2007.

	1995					1999					Total	N				
	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Übrige	Total	N	SVP	FDP			CVP	SP	Grüne	Übrige
Insgesamt	15	20	17	22	5	21	100	2869	22	19	15	22	5	16	100	1342
Nach Geschlecht	nicht signifikant															
Männer									25	20	13	21	4	18	100	728
Frauen									19	19	18	24	5	15	100	614
Nach Alter																
18-24	11	16	21	21	8	23	100	158	27	11	16	25	11	10	100	64
25-34	13	16	15	28	10	18	100	485	25	19	13	23	4	15	100	180
35-44	12	20	14	28	6	21	100	621	19	16	14	24	10	17	100	300
45-54	16	19	17	22	4	21	100	573	22	27	13	23	4	11	100	244
55-64	17	21	17	16	2	27	100	427	19	18	18	21	3	21	100	240
65-74	20	25	22	15	1	17	100	401	25	19	19	17	1	20	100	200
75+	17	25	14	16	5	22	100	202	24	22	18	21	1	13	100	114
Nach höchster abgeschlossener Schulbildung.																
Obligatorische Schule, Anlehre	16	17	30	15	1	21	100	370	33	12	26	20	2	7	100	195
Berufslehre	18	20	15	21	5	22	100	1417	28	17	17	16	4	19	100	591
Matur, Fachhochschule, Universität	10	22	15	26	7	19	100	1059	16	23	12	26	5	17	100	455
Nach Einkommen																
Bis 3000	19	17	21	22	4	17	100	315	25	15	27	19	4	10	100	111
3001-5000	15	17	17	22	6	24	100	616	25	14	19	19	3	20	100	315
5001-9000	16	18	15	23	6	22	100	1156	22	17	14	23	6	18	100	511
9001 und mehr	11	28	17	22	3	20	100	543	15	29	11	28	5	12	100	267
Nach Religion																
Protestantisch	21	23	4	26	6	21	100	1208	27	22	4	24	4	20	100	608
Katholisch	11	19	33	17	4	16	100	1268	18	17	32	18	4	10	100	543
Andere	13	13	9	20	1	45	100	101	17	18	3	21	5	36	100	42
Konfessionslos	9	15	4	29	9	34	100	290	17	16	7	29	12	20	100	145

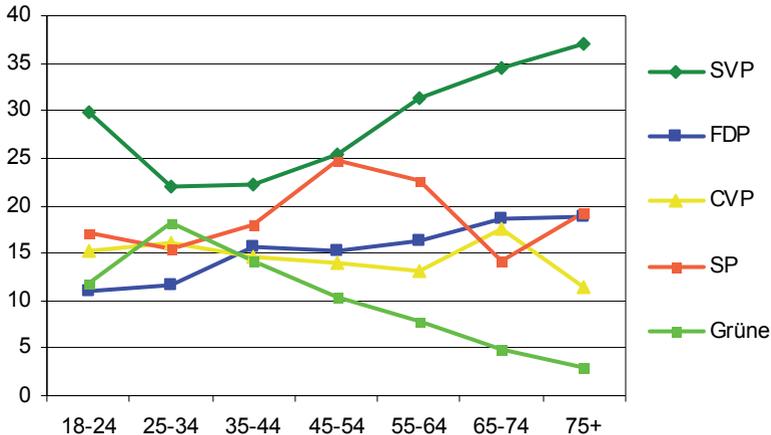
Lesbeispiel: Zwischen Männern und Frauen gab es 1995 keine signifikanten Unterschiede im Wahlverhalten. 1999 haben bei den Männern 25% SVP gewählt, bei den Frauen 19%.

Tabelle 6 Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen 1995-2007 (Fortsetzung).

	2003					2007					Total	N				
	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Übrige	Total	N	SVP	FDP			CVP	SP	Grüne	Übrige
Insgesamt	27	17	14	23	7	11	100	2518	29	16	14	20	10	12	100	1996
Nach Geschlecht																
Frauen	30	18	14	22	6	10	100	1264								
Männer	23	16	15	25	8	12	100	1253								
Nach Alter																
18-24	21	20	12	17	17	13	100	123	30	11	15	17	12	15	100	176
25-34	24	12	14	27	11	11	100	277	22	12	16	16	18	17	100	176
35-44	21	16	14	28	10	11	100	463	22	16	15	18	14	15	100	317
45-54	28	15	11	26	8	11	100	492	25	15	14	25	10	10	100	389
55-64	28	19	15	23	5	10	100	497	31	16	13	23	8	9	100	407
65-74	31	18	19	17	3	13	100	376	35	19	18	14	5	10	100	303
75+	29	24	16	19	4	8	100	290	37	19	11	19	3	10	100	228
Nach höchster abgeschlossener Schulbildung.																
Obligatorische Schule, Anlehre	37	12	17	19	3	11	100	279	36	15	17	17	4	11	100	211
Berufslehre	32	16	15	22	5	10	100	1217	39	15	14	15	7	10	100	927
Matur, Fachhochschule, Universität	18	21	12	26	11	11	100	1009	16	17	15	25	14	13	100	843
Nach Einkommen																
Bis 3000	35	14	16	18	4	13	100	205	33	13	14	15	5	19	100	100
3001- 5000	31	12	14	23	7	12	100	476	41	12	11	20	6	10	100	304
5001- 9000	25	15	14	26	8	11	100	961	28	13	15	21	10	13	100	708
9001 und mehr	21	25	12	24	9	9	100	590	21	22	15	19	11	11	100	635
Nach Religion																
Protestantisch	32	21	4	25	7	13	100	975	35	17	5	20	9	14	100	749
Katholisch	22	16	31	19	4	7	100	979	26	17	30	15	7	6	100	750
Andere	28	13	2	21	8	27	100	119	32	19	4	21	4	20	100	120
Konfessionslos	25	13	6	30	16	12	100	433	20	11	6	28	18	17	100	368

nicht signifikant

Grafik 4 Wahlentscheid nach Alter 2007.



Lesebeispiel: Von den 18-24-Jährigen haben rund 30% SVP gewählt, danach sinkt der Anteil auf 22%, um dann wieder kontinuierlich zu steigen. (N siehe Tabelle 6).

Deutliche Unterschiede gibt es in Abhängigkeit zur höchsten abgeschlossenen Schulbildung. Die SVP ist sehr klar übervertreten bei jenen, die nur die obligatorische Schulbildung oder eine Berufslehre absolviert haben; bei jenen mit höherer Schulbildung ist sie deutlich untervertreten. In diesem Segment konnte sie auch seit 1999 nicht mehr zulegen. Der Zuwachs erfolgte im – zahlenmässig wichtigen – Segment jener, deren höchster Bildungsabschluss eine Berufslehre ist.

Die FDP hat Wähleranteile gegenüber 2003 vor allem bei den gut gebildeten verloren. In diesem Segment hatte die FDP bis 2003 noch über 20% Wähleranteil. 2007 ist dieser auf deutlich unter 20% gefallen. Bei der CVP gibt es wie bereits 2003 keine substantiellen Unterschiede je nach Bildungsstand. In den 90er Jahren war sie noch bei jenen mit geringer Bildung klar übervertreten, dieser Unterschied ist 2007 verschwunden.

SP und Grüne sind seit jeher bei jenen mit hoher Bildung übervertreten. In dieser Gruppe ist der Wähleranteil der SP auch 2007 konstant geblieben, jener der Grünen allerdings gewachsen. Grosse Veränderung gab es in der Gruppe, deren höchster Abschluss eine Berufsehre ist. Dort ist der Anteil der SP sehr markant zurückgegangen.

Betrachtet man sich die Verteilung nach Einkommen, zeigt sich, dass der Anstieg der SVP vor allem in jener Gruppe erfolgt ist, die über ein Haushaltseinkommen von 3000-5000 Fr. verfügt. Dort hat die SVP einen Wähleranteil über 40%. Klar

untervertreten ist sie in der höchsten Einkommensgruppe. Die FDP ist immer noch bei jenen mit hohem Einkommen übervertreten, allerdings ist der klare Vorsprung, den sie in den 1990er-Jahren zusammen mit der SP in dieser Einkommenskategorie hatte, inzwischen weggeschmolzen.

Deutlich zeigt sich bei der CVP immer noch die Verankerung in ihren ehemaligen Hochburgen. Sie kommt unter den Katholiken auf einen konstanten Wähleranteil von über 30%, dafür wählen nur 5% der Protestanten CVP. Umgekehrt bei der SVP. Dort ist der Wähleranteil unter den Protestanten noch immer überdurchschnittlich. SP und Grüne werden überdurchschnittlich von konfessionslosen Wählerinnen und Wählern gewählt.

Tabelle 7 Wahlentscheid 2007 im Vergleich zum Wahlentscheid des Vaters.

		<i>Partei gewählt 2007</i>				
		<i>SVP</i>	<i>FDP</i>	<i>CVP</i>	<i>SP</i>	<i>Grüne</i>
<i>Partei die der Vater gewählt hat</i>	<i>SVP</i>	37	5	3	6	11
	<i>FDP</i>	20	52	14	22	23
	<i>CVP</i>	14	17	66	20	16
	<i>SP</i>	13	12	8	33	19
	<i>Grüne</i>	0	0	0	1	5
	<i>Andere Partei</i>	4	9	2	5	12
	<i>War nicht stimmberechtigt</i>	5	2	2	5	8
	<i>Ausländische Partei</i>	2	2	2	4	4
	<i>Wählte nicht</i>	6	2	2	4	2
	<i>Total</i>	100	100	100	100	100
<i>N</i>	358	233	207	278	129	

Lesebeispiel: Von jenen, die 2007 SVP gewählt haben, gaben 37% an, bereits ihr Vater habe SVP gewählt.

Neben den sozialen Merkmalen ist von Interesse, inwiefern die Sozialisation durch das Elternhaus eine Rolle spielt (vgl. Tabelle 7). In allen Selects-Befragungen wurde jeweils gefragt, welche Partei der Vater wählt, bzw. gewählt hat. In früheren Befragungen wurde jeweils auch nach dem Wahlverhalten der Mutter gefragt, allerdings gab es hier kaum Unterschiede in den Angaben gegenüber dem Wahlverhalten des Vaters, ausser dass Mütter deutlich häufiger nicht gewählt haben, was zu einem erheblichen Teil auch mit der späten Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz zu erklären ist. Darum wurde 2007 einzig die Frage nach dem Wahlentscheid des Vaters in die Befragung aufgenommen. Bei jenen, die das noch wissen, zeigt sich, dass rund 50% gleich wie die Eltern wählen. Damit zeigt sich, dass die politische Sozialisation durch das Elternhaus ein wichtiger Faktor ist, der auch das Wahlverhalten lange Zeit prägt. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der SVP ist der Anteil jener, deren Vater bereits SVP gewählt hat, geringer als bei den Wählenden anderer bürgerlicher Parteien. Dies ist insofern logisch, als die SVP in den letzten Jahren stark zugelegt hat. Am stärksten wirkt die politische Sozialisation bei der FDP und

bei der CVP. Bei der CVP wählen gut 2/3 so wie bereits ihre Väter. Bei der SP und vor allem bei den Grünen ist der Anteil jener, deren Väter die eigene Partei gewählt haben deutlich kleiner. Die Wählerschaft von SP und Grünen stammt zu je gut 50% aus einem bürgerlichen Elternhaus. Umgekehrt ist ein Wechsel von einer linken Partei beim Vater zu einer bürgerlichen Partei der Kinder klar seltener.

3.2 Wählerwanderungen

Zwischen zwei Wahlgängen sind jeweils die Wanderungen zwischen den Parteien von Interesse. Die Gewinne und Verluste der Parteien gegenüber den Vorwahlen setzen sich aus vier verschiedenen Prozessen zusammen:

- Wie viele Wählerinnen und Wähler wählen zweimal die gleiche Partei?
- Wie viele Wählerinnen und Wähler wechseln die Partei?
- Wie viele ehemalige Nicht-Wählerinnen und -Wähler kann man an die Urne mobilisieren?
- Wie viele Wählerinnen und Wähler werden demobilisiert, d.h. gehen nicht mehr wählen?

Diese verschiedenen Prozesse sind nur schwer zu untersuchen. Mittels aggregierten Daten, d.h. mittels Wähleranteilen lassen sich nur die Saldoverschiebungen einer Partei vergleichen, man hat aber keine Angaben, wie sich die Wählerinnen und Wähler zwischen zwei Wahlgängen effektiv verhalten haben, d.h. wie viele von einer zu anderen Partei gewechselt sind. Mittels Individualdaten ist dies möglich; in einem komplexen Mehrparteiensystem wie der Schweiz ist allerdings die Zahl der möglichen Verschiebungen sehr gross und die Zahl der Befragten, welche Verschiebungen zwischen einer Partei zur anderen anzeigen, werden entsprechend klein. Bei fünf grösseren Parteien und der Möglichkeit nicht zu wählen, ergeben sich bereits 36 (6 x 6) mögliche Wanderungsbewegungen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die Rückerinnerungsfrage nach dem Verhalten vor vier Jahren allenfalls manche Leute überfordert und die Betroffenen dazu neigen, ihr aktuelles Verhalten auf die Vergangenheit zu übertragen. Dadurch werden Verschiebungen allenfalls unterschätzt.

Für die Wahlen 2007 und zum Vergleich 2003 haben wir zwei Betrachtungsweisen gewählt. Zum einen weisen wir aus, wie sich die Wählerinnen und Wähler einer Partei von 2007 vor vier Jahren, d.h. 2003 verhalten haben. Dies bezeichnen wir als Mobilisierungsprozess. Zum anderen kann man betrachten, wie jene, die sich 2003 für eine bestimmte Partei entschieden hatten, 2007 verhalten haben, d.h. ob sie 2007 die gleiche oder eine andere Partei und ob sie überhaupt gewählt haben. Dies sind Demobilisierungsprozesse.

Tabelle 8 zeigt verschiedene Unterschiede zwischen den Parteien in der Mobilisierung. Die SVP hat einen eher geringen Anteil an Wählerinnen und Wählern, die bereits 2003 SVP gewählt haben. Dies ist insofern auch logisch, als die SVP erneut Wählerinnen und Wähler hinzu gewonnen hat. Die Gewinne der SVP gehen zu einem grossen Teil auf Kosten der FDP und sind auf die eher überdurchschnittliche Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich 2003 nicht beteiligt haben oder sich nicht mehr erinnern können, ob oder welche Partei sie 2003 gewählt haben. Unter der FDP-Wählerschaft ist der Anteil jener, die bereits 2003 FDP gewählt haben deutlich grösser, was umgekehrt bedeutet, dass es der FDP am schlechtesten gelungen ist, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien bzw. Nicht-Wählerinnen und -Wähler anzusprechen. Die CVP war relativ attraktiv für Wählerinnen und Wähler von FDP und SP. Auch die Wählerschaft der SP setzt sich zu einem grösseren Teil aus Personen zusammen, die bereits 2003 SP gewählt haben, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Sehr ausgeprägt ist der Anteil der Grünen-Wählerinnen und -Wähler, die angaben, 2003 noch SP gewählt zu haben. Diese Gruppe macht ein Drittel der Wählerschaft der Grünen überhaupt aus. Ebenfalls ist es den Grünen überdurchschnittlich gut gelungen, Nicht-Wählende von 2003 zu mobilisieren.

Tabelle 8 Mobilisierungsprozesse: Entscheid 2007 nach Verhalten 2003.

		Verhalten 2003						Nicht gewählt/ Weiss nicht			
		SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Andere Partei	Wei	Total	N	
Entscheid 2007	SVP	65	7	2	3	0	2	20	100	520	
	FDP	2	74	3	2	1	3	16	100	290	
	CVP	3	6	64	6	1	2	18	100	254	
	SP	0	3	1	73	3	3	17	100	354	
	Grüne	4	3	1	36	32	3	21	100	167	

Lesebeispiel: Von jenen, die 2007 SVP gewählt haben, haben 65% bereits 2003 SVP gewählt, 7% FDP, 2% CVP und 3% SP. 20% hatten sich nicht an den Wahlen beteiligt oder konnten sich nicht mehr erinnern.

Wenn wir nun eine andere Betrachtungsweise wählen und nach Demobilisierungsprozessen fragen, d.h. wie sich jene 2007 verhalten haben, die sich 2003 für eine bestimmte Partei entschieden haben, dann sehen wir, dass es erneut der SVP am besten gelungen ist, ihre Wählerinnen und Wähler bei der Stange zu halten (Tabelle 9). 71% jener, die 2003 SVP gewählt haben, haben auch 2007 SVP gewählt. Bei den anderen Parteien macht der Wählerstamm rund zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler von 2003 aus. Die FDP hat 10% und die CVP 5% ihrer Wählerinnen und Wähler von 2003 an die SVP verloren. Die SP verlor vor allem an die Grünen. Umgekehrt haben aber auch die Grünen Wählerinnen und Wähler an die SP verloren. Unter den ehemaligen Nicht-Wählenden, d.h. jenen, die 2003 nicht gewählt haben oder nicht stimmberechtigt waren, haben

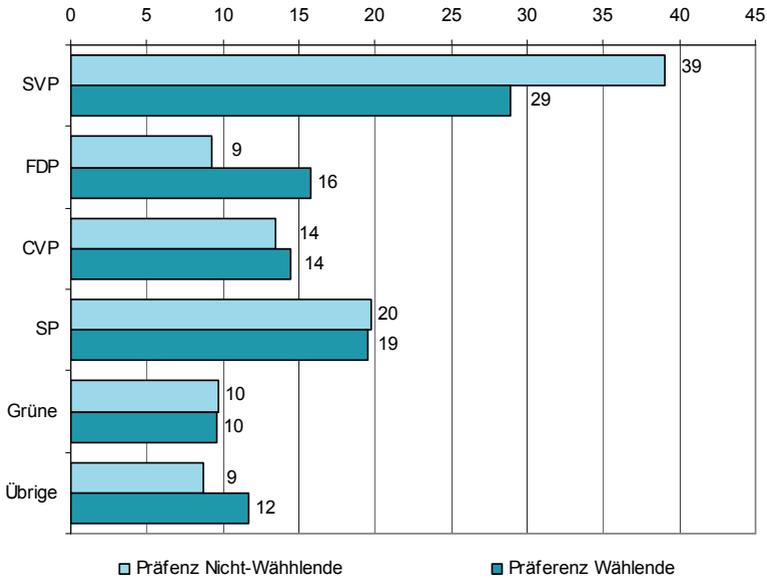
ähnlich viele wie insgesamt SVP und Grüne gewählt; FDP, CVP und SP haben leicht unterdurchschnittlich abgeschnitten, deutlich mehr haben hingegen eine der kleineren Parteien gewählt.

Tabelle 9 Demobilisierungsprozesse: Verhalten 2007 nach Entscheidung 2003.

		Verhalten 2007						Nicht gewählt	Total	N
		SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Übrige			
Partei- entscheid 2003	SVP	71	1	1	0	1	3	22	100	481
	FDP	10	62	4	3	1	3	15	100	346
	CVP	5	3	59	2	1	2	29	100	276
	SP	3	1	3	53	12	5	23	100	485
	Grüne	1	3	2	9	56	12	18	100	96
	Nicht Gewählt, Weiss nicht	6	3	3	3	2	4	80	100	1763
Nicht Gewählt, Weiss nicht (ohne Nicht- Wählende 2007)		30	13	13	17	10	17	-	100	356

Lesebeispiel: Von jenen, die 2003 SVP gewählt haben, haben 71% 2007 SVP gewählt, je 1% FDP, CVP und Grüne, und 22% haben nicht mehr gewählt.

Der SVP ist es also wiederum gut gelungen, ehemalige Nicht-Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Dies heisst allerdings nun nicht, dass die SVP unter den Nicht-Wählenden unterrepräsentiert ist (vgl. Grafik 5). Im Gegenteil ist die SVP unter den Nicht-Wählerinnen und -Wähler noch beliebter als bei den Wählenden. Von den Nicht-Wählenden hätten jene, die eine Präferenz für eine Partei angeben, fast 40% SVP gewählt. Unbeliebter bei den Nicht-Wählenden ist die FDP und auch kleinere Parteien hätten einen schwierigeren Stand. Die anderen Parteien sind in etwa ihrem Anteil entsprechend vertreten. Daraus lässt sich allerdings nicht auf künftige Potentiale schliessen, weil es für die Parteien klar schwieriger ist, Nicht-Wählende als Wählende zu einem Urnengang zu mobilisieren.

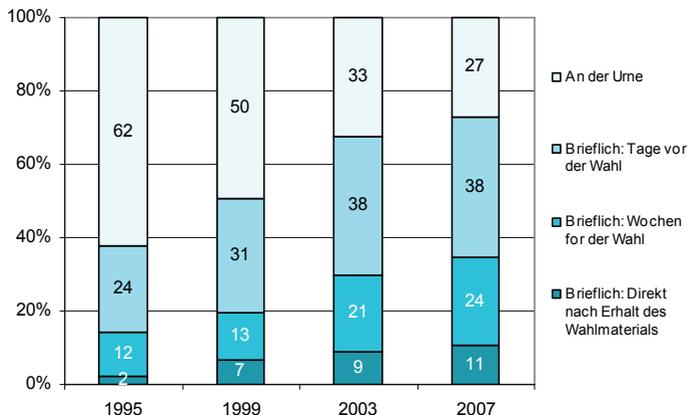
Grafik 5 *Parteipräferenz Wählende und Nicht-Wählende 2007 im Vergleich.*

Lesebeispiel: 39% der Nicht-Wählenden hätten sich 2007 für die SVP, 9% für die FDP entschieden, wären sie denn an die Urne gegangen. Real haben 29% SVP und 16% FDP gewählt.

3.3 *Entscheidfindung und Wahlentscheid*

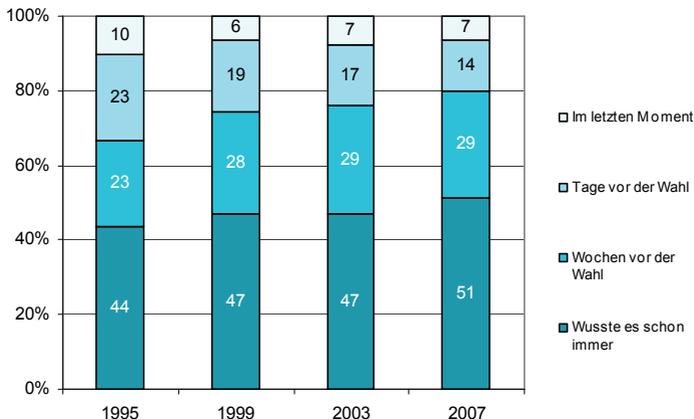
Für die Kampagnegestaltung kommt der Art der Stimmabgabe und dem Entscheidzeitpunkt eine wichtige Rolle zu. Zwei Trends sind hier zu beobachten. Zum einen weisen die Angaben verschiedener Kantone und Gemeinden darauf hin, dass eine massive Verschiebung hin zu brieflicher Stimmabgabe zu beobachten ist. Diese Tendenz ist auch in unseren Umfragedaten ersichtlich (Grafik 6). 1995 gaben noch über 60% an, ihre Stimme an der Urne abzugeben zu haben. 2007, d.h. nur 12 Jahre später, ist dieser Wert auf unter 30% gesunken. Entsprechend ist auch der Anteil jener gestiegen, die ihre Stimme brieflich abgaben. Innerhalb dieser Gruppe gibt es eine Verschiebung hin zu einer frühen brieflichen Stimmabgabe. Zwar stimmt immer noch rund die Hälfte jener, die brieflich abstimmen, erst Tage vor der Wahl ab; der Anteil jener, die früher abstimmen, ist hingegen klar überdurchschnittlich gestiegen.

Grafik 6 Art der Stimmabgabe 1995-2007.



Lesebeispiel: 1995 gaben 62% der Wählenden an, an der Urne ihre Stimme abgegeben zu haben, 24% wählten brieflich Tage vor der Wahl, 12% brieflich Wochen vor der Wahl und 2% brieflich gleich nach Erhalt des Wahlmaterials. N 1995=2922; 1999= 1436; 2003=2652; 2007=2116.

Grafik 7 Entscheidungszeitpunkt für den Wahlentscheid 1995-2007.



Lesebeispiel: 1995 gaben 44% an, schon immer gewusst zu haben, welche Partei sie wählen werden, 23% haben sich Wochen und 23% Tage vor der Wahl entschieden, 10% haben sich im letzten Moment entschieden. N 1995=3166; 1999=1345; 2003=2504; 2007=1996.

Gleichzeitig mit der Verschiebung der Stimmabgabe ist auch der Entscheidungszeitpunkt nach hinten gerückt (Grafik 7). Der Anteil jener, die angaben, schon immer

gewusst zu haben, wem sie die Stimme geben, ist zwischen 1995 und 2007 von 44% auf 51% gestiegen, jene, die sich Tage vor der Wahl oder im letzten Moment entschieden, von zusammen 33% auf 21% gesunken.

Eine der Fragen, die sich am Wahltag stellte, war, inwiefern die Ereignisse um den 6. Oktober 2007 das Wahlergebnis beeinflusst haben, als es im Zuge einer Demonstration der SVP zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten und der Polizei kam und es der SVP nicht möglich war, ihren geplanten Umzug durch die Berner Innenstadt durchzuführen. Verschiedene Beobachter führten den Zuwachs der SVP gegenüber Meinungsumfragen vor der Wahl vor allem auf die Schlussmobilisierung zugunsten der SVP zurück, die durch die Ausschreitungen ausgelöst worden sei. Diese Interpretation ist heikel, weil wir nicht wissen, wie gut die Umfragen vor den letzten Wahlen das wirkliche Ergebnis vorausgesagt hätten. Auch dort gibt es Fehlermargen, die wohl über den Verschiebungen zwischen der letzten Befragung und dem Wahltag liegen.

Hinweise auf diese Frage können wir jedoch gewinnen, wenn wir den Wahlentscheid mit dem Zeitpunkt des Wahlentscheidens und dem Zeitpunkt der Stimmabgabe in Verbindung setzen. Trifft es zu, dass der SVP-Zuwachs vor allem auf die Ereignisse am 6. Oktober zurückzuführen wäre, dann sollte unter jenen, die sich spät entschieden und die spät abgestimmt haben, der SVP-Anteil überdurchschnittlich hoch sein.

Beim Vergleich mit der Art der Stimmabgabe gibt es einen schwachen Unterschied nur, wenn man die SVP mit allen anderen Parteien in Beziehung setzt (Tabelle 10), wobei der Trend nicht linear ist. Die SVP ist leicht bei jenen übervertreten, die gleich nach Erhalt der Wahlunterlagen abgestimmt haben und untervertreten bei jenen, die Wochen oder Tage vor der Wahl gewählt haben.

Tabelle 10 Art der Stimmabgabe und SVP-Wahl 2007.

	<i>SVP</i>	<i>Andere Partei</i>	<i>Total</i>	<i>N</i>
Brieflich: Direkt nach Erhalt des Wahlmaterials	35	65	100	216
Brieflich: Wochen vor der Wahl	28	72	100	488
Brieflich: Tage vor der Wahl	27	73	100	757
An der Urne	30	30	100	528

Lesebeispiel: 35% jener, die brieflich direkt nach Erhalt des Wahlmaterials gewählt haben, gaben der SVP ihre Stimme, 65% wählten eine andere Partei.

Wenn wir den selbst deklarierten Entscheidzeitpunkt betrachten (Tabelle 11), ist die SVP vor allem bei jenen übervertreten, die schon immer gewusst haben, wem sie ihre Stimme geben. Bei jenen, die sich nur Tage vor der Wahl und vor allem bei jenen, die sich erst im letzten Moment entschieden haben, ist der Anteil unterdurchschnittlich. Umgekehrt ist diese Tendenz bei CVP und Grünen. Sie sind unter jenen, die sich eher spät entschieden haben, überdurchschnittlich vertreten. Insgesamt gibt es also keine klaren Hinweise, dass der Anstieg des

Wähleranteils der SVP ausschliesslich auf die Schlussmobilisierung nach dem 6. Oktober zurückzuführen ist.

Tabelle 11 Entscheidzeitpunkt und Parteientscheid 2007.

	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Übrige	Total	N
Wusste es schon immer	32	16	12	22	9	10	100	1020
Wochen vor der Wahl	28	15	17	17	9	14	100	566
Tage vor der Wahl	25	19	14	18	10	14	100	269
Im letzten Moment	16	15	20	21	16	12	100	131

Lesebeispiel: 2007 haben von jenen, die angeben, schon immer gewusst zu haben, welcher Partei sie ihre Stimme geben, 32% SVP, 16% FDP, 12% CVP, 22% SP und 9% Grüne gewählt.

Eine neue aufgenommene Frage 2007 befasst sich damit, wie schwer es den Befragten fiel, sich für eine Partei zu entscheiden und wie ihre subjektive Empfindung dabei war. Die Mehrheit fand es jeweils nicht besonders schwierig, sich zu entscheiden und war auch überzeugt vom Entscheid. Dabei gibt es allerdings Unterschiede zwischen den Parteien. Die SVP-Wählenden fanden es eher weniger schwierig, sich zu entscheiden, die Wählenden der Grünen hatten grössere Schwierigkeiten. Gleichgerichtete geringe Unterschiede zeigen sich bei der Frage, wie sicher sich die Befragten bei ihrem Entscheid fühlten (Tabelle 12). SVP-Wählende hatten am wenigsten häufig gemischte Gefühle bei ihrem Entscheid, Grüne-Wählerinnen und -Wähler am häufigsten, die andern Parteien bewegen sich dazwischen.

Tabelle 12 Subjektive Einschätzung des eigenen Entscheides 2007.

„Ich fand es schwierig, mich zu entscheiden“	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne
Sehr, eher einverstanden	23	30	29	29	38
Gar nicht, eher nicht einverstanden	77	70	71	71	62
Total	100	100	100	100	100
N	576	313	288	390	191

„Ich hatte gemischte Gefühle bei meinem Entscheid“	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne
Sehr, eher einverstanden	21	33	34	30	37
Gar nicht, eher nicht einverstanden	79	67	66	70	63
Total	100	100	100	100	100
N	576	314	288	390	191

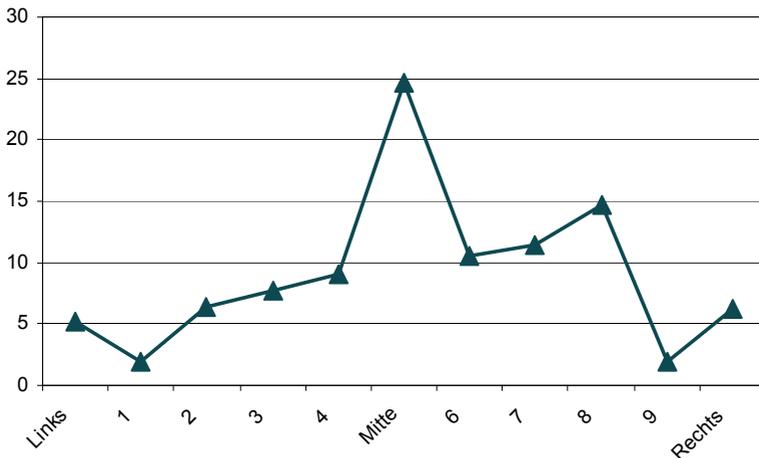
Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden waren 23% mit der Aussage einverstanden, dass sie es schwierig fanden, sich zu entscheiden, 77% waren mit dieser Aussage nicht einverstanden.

3.4 Politische Einstellungen und Wahlentscheid

In einem nächsten Schritt untersuchen wir nun verschiedene politische Einstellungen und den Wahlentscheid. Eine der zentralen Orientierungspunkte für Wählerinnen und Wähler ist ihre Einordnung auf der Links-Rechts-Achse. Man

kann sich zwar darüber streiten, welche politische Bedeutung diese Einteilung hat. Interessant ist hingegen, dass fast alle Wählerinnen und Wähler sich selber, aber auch verschiedene Parteien auf einer solchen Achse einteilen können (vgl. Grafik 8). Damit wird das Selbstverständnis Links oder Rechts zu stehen zu einem wichtigen Koordinatensystem der politischen Landschaft. Insgesamt siedeln sich klar am meisten Wählerinnen und Wähler in der Mitte an. Es ist anzunehmen, dass sich einige Wählerinnen und Wähler deshalb in der Mitte positionieren, weil sie mit der Einteilung auf der Achse unsicher sind. Viele sehen sich aber als ideologisch ungebunden und positionieren sich deshalb in der Mitte. Die Verteilung der Wählerschaft, die in der Schweiz seit 1995 sehr konstant ist, zeigt, ausser am ganz linken Rand, gegen links eine abnehmende Tendenz. Rechts von der Mitte steigt diese Kurve hingegen zuerst leicht an, um dann erst am Rand Rechtsausen zu fallen.

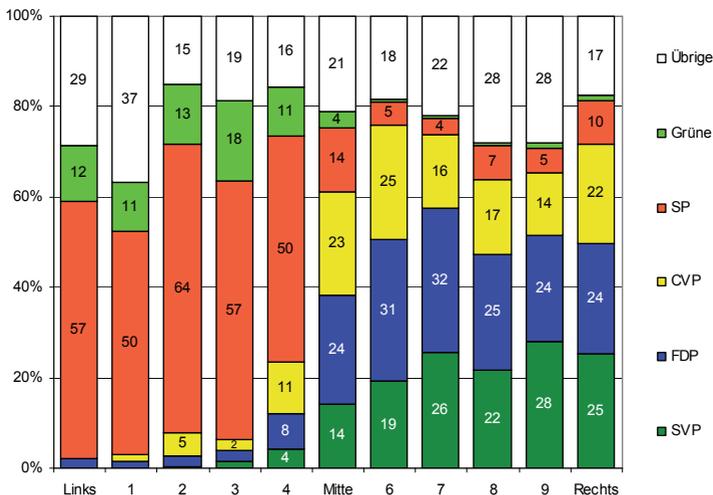
Grafik 8 Links-Rechts Positionierung der Wählerschaft 2007.



Lesebeispiel: Von den Wählenden positionieren sich rund 5% bei 0 auf einer Skale von 0-10 wobei 0 links und 10 rechts bedeutet; rund 25% positionieren sich in der Mitte. (N = 1949).

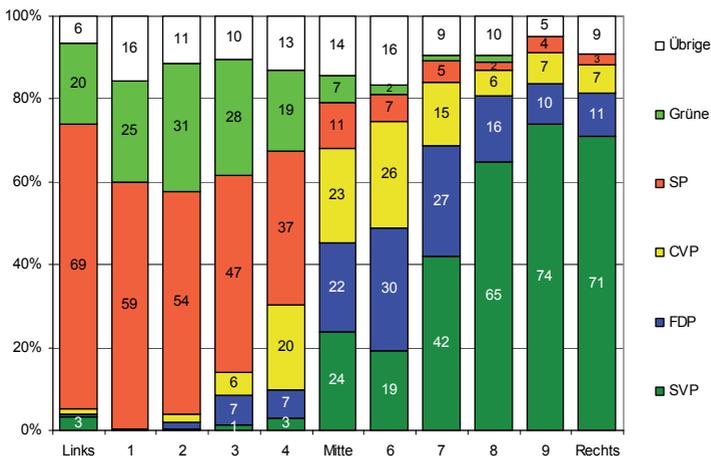
Wenden wir uns nun dem Parteientscheid in Abhängigkeit der Links-Rechts Platzierung zu. Die Grafiken 9 und 10 zeigen für die Jahre 1995 und 2007, welche Parteien die Wählerinnen und Wähler gewählt haben, je nachdem wie sie sich selber auf der Links-Rechts-Achse platziert haben. Die beiden Grafiken zeigen sehr eindrücklich, wie sich die Parteienlandschaft der Schweiz in den letzten 12 Jahren verändert hat.

Grafik 9 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 1995.



Lesebeispiel: Von jenen, die 1995 angaben ganz links zu stehen, haben 57% SP gewählt, 12% Grüne und 29% eine andere Partei. (N 2992).

Grafik 10 Links-Rechts Positionierung und Wahlentscheid 2007.



Lesebeispiel: Von jenen, die 2007 angaben ganz links zu stehen, haben 69% SP gewählt, 20% Grüne und 6% eine andere Partei. (N 1949).

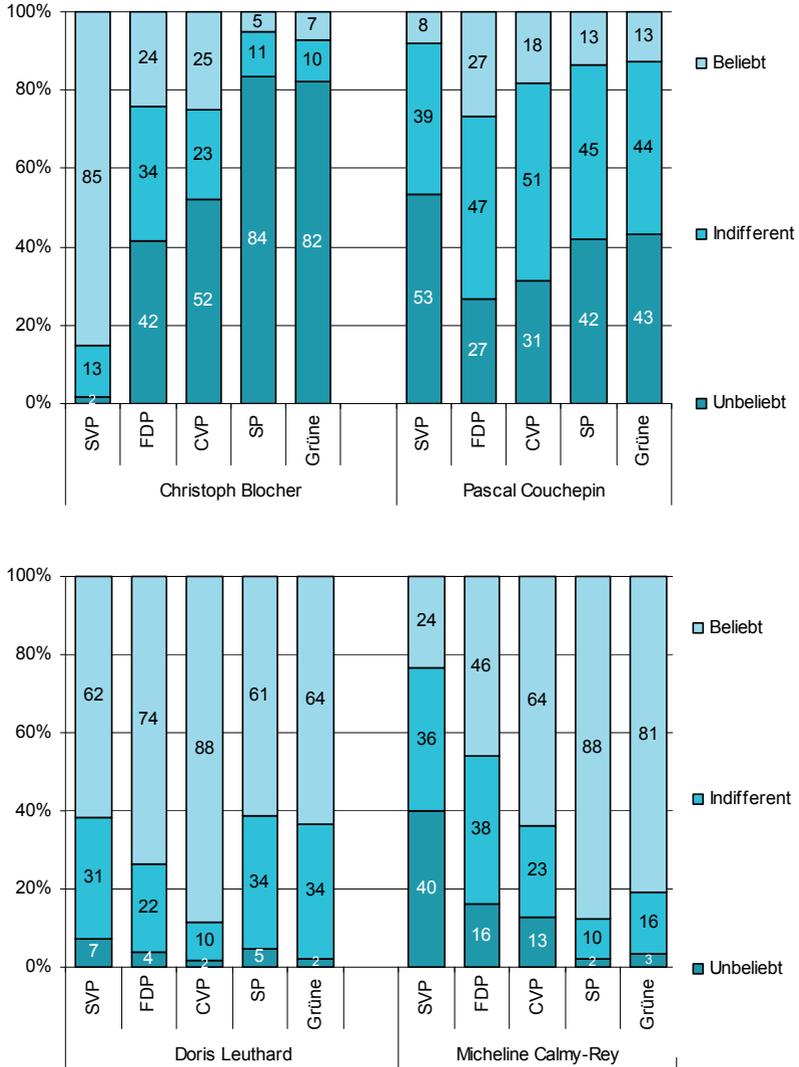
1995 gab es im bürgerlichen Lager eine Dreiteilung: SVP, FDP und CVP bewegten sich im gleichen Segment in der Mitte und Rechts der Mitte. Alle bürgerlichen Parteien haben einen eher konservativen und einen liberalen Flügel. Der SVP-Wähleranteil beginnt gegen die Mitte hin bereits etwas zu erodieren, dort sind FDP und CVP stärker. Auf der linken Seite dominiert die SP klar gegenüber den Grünen. Deutlich sichtbar ist auch die Zersplitterung im rechten und linken Lager. Kleinparteien verfügen dort über substantielle Wähleranteile.

2007, d.h. 12 Jahre später hat sich das Bild stark gewandelt. Die SVP dominiert sehr deutlich den rechten Rand des politischen Spektrums, FDP und CVP sind dort von der SVP marginalisiert worden. Einigermassen halten konnten sich die beiden nur leicht rechts der Mitte und in der Mitte. Der CVP ist es gelungen auch links der Mitte mehr Wählerinnen und Wähler anzusprechen, nicht aber der FDP. Deutlich ist die Verschiebung innerhalb des linken Lagers zwischen SP und Grünen. Der Anteil der kleineren linken Parteien ist klar zurückgegangen und die SP hat zugunsten der Grünen verloren. Insgesamt hat die Linke bei den moderaten Wählenden, leicht links der Mitte, Wählerinnen und Wähler verloren. Dies ist deshalb bedeutsam, weil dieses Potential zahlenmässig wichtig ist, wie aus Grafik 8 oben ersichtlich ist.

Obwohl in der Schweiz bei Parlamentswahlen Bundesratsmitglieder gar nicht zur Wahl stehen, spielen diese Persönlichkeiten für die Wahrnehmung und das Image einer Partei eine wichtige Rolle. Am deutlichsten war dies bei der SVP, die in der Endphase Bundesrat Christoph Blocher ins Zentrum ihrer Kampagne gerückt hat, der nirgends überhaupt auf einen Wahlzettel geschrieben werden konnte. Darum haben wir in der Umfrage nach den Sympathiewerten für je ein Mitglied des Bundesrates der vier Bundesratsparteien gefragt, welche das Bild der Partei in der Schweiz stark prägen. Die Befragten wurden aufgefordert, ihre Sympathie auf einer Skala von 0-10 anzugeben. Als unbeliebt haben wir codiert, wenn jemand auf der Skala 0-3 angegeben hat, als indifferent, wenn der Wert 4-6 war, als beliebt 7-10.

Christoph Blocher ist innerhalb der SVP-Wählerschaft äusserst beliebt; solche, die Christoph Blocher nicht mögen und trotzdem SVP wählen, gibt es eigentlich nicht. Bei FDP- und CVP-Wählenden ist er allerdings bereits recht unbeliebt, und bei den Linken mag ihn kaum jemand. Er spaltet die Schweiz wie kein anderer Politiker. Der hie und da von SVP-Exponenten vor und nach den Wahlen geäusserte Unmut über die Fokussierung der Wahlkampagne und der Partei auf Christoph Blocher spiegelt sich also nicht in der SVP-Wählerschaft wieder.

Grafik 11 Beliebtheit wichtiger Politiker nach Parteientscheid.



Lesebeispiel: Bei 85% der SVP-Wählenden ist Christoph Blocher beliebt, 13% stehen im indifferent gegenüber und bei 2% ist er unbeliebt. (N SVP 557-576; FDP 305-313; CVP 277-287; SP 373-388; Grüne 182-188).

Über Pascal Couchepin ist der Unmut weit verbreitet. Er ist bei der FDP am beliebtesten, allerdings auch dort nur bei einer Minderheit wirklich beliebt. Am unbeliebtesten ist er bei der SVP-Wählerschaft. Dies ist nicht überraschend, da Pascal Couchepins' Vergleich von Christoph Blocher mit dem Duce vor den Wahlen viele SVP-Wählerinnen und -Wähler verärgert haben dürfte. Bei CVP, SP und Grünen ist er nicht ganz so unbeliebt.

Doris Leuthard ist bei der CVP ähnlich beliebt wie Christoph Blocher bei der SVP. Im Unterschied zu ihm ist sie allerdings eine Sympathieträgerin auch bei den Wählerinnen und Wählern aller anderen Parteien. Es gibt kaum jemand, bei dem sie unbeliebt ist.

Micheline Calmy-Rey polarisiert die Schweiz ebenfalls, wenn auch nicht so ausgeprägt wie Christoph Blocher. Innerhalb der SP ist sie sehr beliebt. Auf Widerstand stösst sie vor allem bei den SVP-Wählenden. Allerdings ist auch der SVP-Wählerschaft Micheline Calmy-Rey sympathischer als der SP-Wählerschaft Christoph Blocher. Klare Sympathien genießt sie auch bei den Wählenden der anderen bürgerlichen Parteien.

Welche Themen den Wählerinnen und Wählern unter den Nägeln brennen, ist für den Wahlerfolg einer Partei mindestens ebenso wichtig wie die Positionierung der Parteien auf diesen Themen. Wenn viele Menschen sich Sorgen um die Umwelt machen, dann ist das für die Grüne Partei am vorteilhaftesten, weil sie am ehesten als jene Partei wahrgenommen wird, die dieses Problem lösen könne. Wenn viele die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer oder der Asylbewerber als problematisch empfinden, nützt das am ehesten der SVP. Problembewusstsein und -wahrnehmung sind dabei allerdings nicht einfach bereits in der Bevölkerung vorhanden. Parteien haben einen wesentlichen Anteil daran, in der Bevölkerung ein Problembewusstsein zu wecken, und sie kämpfen vehement darum, im Wahlkampf eigene Themen zu setzen. Dadurch ist die Angabe des wichtigsten Problems mindestens ebenso ein Indikator für die Effektivität der Kampagne der Parteien wie für die Sorgen der Bevölkerung.

Tabelle 13 zeigt, wie sich die Problemwahrnehmung über die Zeit zwischen den Parteien und nach Sprachregionen unterscheidet. 2007 war, wie bereits in den Wahlen zuvor, das Thema Ausländer, Migration und Asyl das meistgenannte Problem. Zweitwichtigstes Problem waren die verschiedenen Sozialwerke (vor allem IV, AHV) wobei das Thema etwas weniger wichtig war als noch 2003. Deutlich angestiegen ist die Sorge um die Umwelt und das Klima, ein Problem, das 2007 an dritter Stelle figuriert. 2003 war dieses Problem mit 3% sehr unbedeutend. Folge der Kampagne der SVP ist der Bedeutungszuwachs des Themas Kriminalität und Sicherheit. Andere Themen, die in vorhergehenden Wahlen wichtig waren, sind hingegen in der Bedeutung stark zurückgegangen. So war die Sorge um den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit 2007 wenig relevant. Auch die europäische Integration wurde von wenigen als wichtigstes Thema eingestuft.

Gesundheitspolitik und damit verbunden die Sorgen um hohe Krankenkassenprämien, drittichtigstes Thema 2003, war 2007 unbedeutend. Selten bewegten Finanzen und Steuern die Wählerinnen und Wähler 2007.

Grosse Unterschiede gibt es in der Problemwahrnehmung nach Parteien. Bei der SVP-Wählerschaft dominiert das Thema Ausländer/Asyl/Migration deutlich, gefolgt vom Sicherheit und Kriminalität. Die SVP sammelt also jene hinter sich, die sich Sorgen um Immigration machen, bzw. es ist ihr gelungen, ihre Themenpräferenzen auch auf die Wählerinnen und Wählern zu übertragen. Umgekehrt ist die Sorge um die Umwelt bei den SVP-Anhängern sehr wenig ausgeprägt. Bei FDP und CVP sind die Themen sehr breit verteilt. Dies bedeutet aber auch, dass es den beiden Parteien nicht gelungen ist, eigene starke Themen zu setzen. Bei der SP ist die Sorge um die Sozialwerke wie auch um das Klima und Umweltschutz überdurchschnittlich wichtig. Bei der Wählerschaft der Grünen ist wenig überraschend das Thema Klima und Umweltschutz klar dominierend. Bei beiden linken Parteien ist auch Immigration/Ausländer/Asyl ein wichtiges Thema.

Tabelle 13 Wichtigstes Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2007, sowie 2007 nach Parteientscheid und Sprachregion.

	2007 nach Parteientscheid					2007 nach Sprachregion					
	1995	1999	2003	2007	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	D	F/It
Immigration, Ausländer, Asyl	9	35	21	26	40	22	21	21	16	28	20
Sozialwerke, soziale Sicherheit	0	9	19	16	12	15	15	21	17	15	21
Umwelt, Energie, Klima	10	3	3	15	5	12	16	22	36	17	8
Kriminalität, Sicherheit	1	1	2	9	17	8	6	2	2	9	8
Politisches System, Parteien, Politiker	1	3	4	7	4	6	9	9	6	6	8
Arbeitsmarkt	25	12	15	6	4	6	10	6	4	5	10
Europäische Integration	17	14	3	4	2	3	4	3	2	2	4
Gesundheitspolitik	3	6	16	3	2	7	4	5	4	4	5
Finanzen und Steuern	16	8	9	3	4	4	3	1	1	2	3
Andere	17	9	9	12	10	18	14	10	12	12	13
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N	2847	1318	2243	1940	562	303	281	382	185	1492	565

Lesebeispiel: 1995 gaben 9% der Wählenden Immigration/Ausländer/Asyl als wichtigstes Problem an.

Die Bedeutung der Themen war 2007 somit ein guter Indikator für den Wahlerfolg bzw. -misserfolg. Innerhalb des linken Lagers gewannen die Grünen, welche mit dem Umweltthema identifiziert werden. Die Befürchtung um den Arbeitsmarkt oder das Gesundheitswesen, aber auch die Sozialpolitik, in der die Wählerschaft eher der SP Problemlösungskompetenz zugesteht, waren gegenüber 2003

weniger relevant. Die SVP kam mit ihrem auf die Ausländer- und Asylfrage gerichteten Wahlkampf bei den Wählerinnen und Wählern an, bei CVP und FDP ist wenig klar, was die Hauptsorgen ihrer Wählerschaft ist. Diese Unklarheit hat der FDP allerdings mehr geschadet als der CVP.

Interessant ist auch die Aufschlüsselung nach Sprachregionen. Asyl und Ausländer treibt die Romands und Tessiner signifikant weniger um als die Deutschschweizer. Ebenfalls ist in der Romandie und im Tessin die Sorge um die Umwelt und das Klima deutlich geringer als in der Deutschschweiz. Dafür sind soziale Themen (Sozialwerke, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt) wesentlich wichtiger.

Nun ist es für die Parteien nicht nur wichtig, über welche Themen gesprochen wird, sondern welche Partei in den Augen der Wählerinnen und Wähler taugliche Lösungen dafür hat. Wir haben in der Umfrage erhoben, welche Partei die Wählerinnen und Wähler am kompetentesten halten, ihr wichtigstes Problem zu lösen (Tabelle 14). Eine klare Mehrheit der SVP-Wählerschaft hält die eigene Partei für am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen. Dieser Wert ist bei der SVP-Wählerschaft klar grösser als bei anderen Parteien. Bei der FDP fühlt sich hingegen nur eine Minderheit bei der eigenen Partei mit ihrem wichtigsten Problem gut aufgehoben. Demgegenüber finden 27% der FDP-Wählerschaft, dass die SVP ihr wichtigstes Problem am besten lösen könne. Dies zeigt deutlich die fundamentalen Schwierigkeiten, in denen sich die FDP zur Zeit befindet: die Partei wird nicht mit klaren Themen identifiziert und sogar von einer Minderheit der eigenen Wählerschaft als jene Partei wahrgenommen, die kompetente Lösungen zu wichtigen Problemen bietet.

Tabelle 14 Partei, die am kompetentesten ist, das wichtigste Problem zu lösen.

<i>Partei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen:</i>	<i>Partei gewählt</i>				
	<i>SVP</i>	<i>FDP</i>	<i>CVP</i>	<i>SP</i>	<i>Grüne</i>
SVP	89	27	19	6	3
FDP	2	44	7	1	1
CVP	1	7	58	3	5
SP	3	8	6	64	26
GPS	2	7	8	21	59
Andere Partei, mehrere Parteien, andere Antwort	3	7	3	6	6
Total	100	100	100	100	100
N	460	209	175	284	129

Lesebeispiel: Von den SVP-Wählenden gaben 89% an, die SVP sei am kompetentesten, das wichtigste Problem zu lösen; 2% gaben an, die FDP sei am kompetentesten dazu.

Die CVP ist für ihre Wählerschaft zwar am kompetentesten, es gibt allerdings auch bei ihrer Wählerschaft verhältnismässig viele, welche die SVP am kompetentesten für ihr wichtigstes Problem halten. SP und Grüne sind für ihre Wähler-

schaft jeweils am kompetentesten, gefolgt von der jeweils anderen linken Partei. Bürgerliche Parteien werden kaum als kompetent angesehen, die wichtigsten Probleme lösen zu können.

4 Parteipotentiale und ihre Ausschöpfung

Das Wachstum der SVP hat sowohl auf nationaler Ebene als auch in den Kantonen zu einer starken Veränderung der sehr lange Zeit stabilen Parteienlandschaft in der Schweiz geführt. Diese Veränderungen, das erneute Wachstum der SVP sowie der nun deklarierte Oppositionskurs der SVP machen die Frage interessant, wie gross das Wachstumspotential der verschiedenen Parteien ist. Seit 2003 wurde eine Frage in die Umfrage aufgenommen, anhand der sich das Potential einer Partei abschätzen und das Konkurrenzverhältnis zwischen den Parteien untersuchen lässt. Für alle grösseren Parteien wurden die Wählerinnen und Wähler gefragt, mit welcher Wahrscheinlichkeit auf einer Skala von 0 bis 10 sie diese Partei wählen würden, wobei 0 bedeutet, dass sie diese Partei auf keinen Fall und 10, dass sie diese Partei mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit wählen würden.

Die Antworten auf die Frage zeigen allerdings nicht die effektive Wahlwahrscheinlichkeit an. Der Wert 5 auf der 10er Skala bedeutet nicht, dass die Wahlwahrscheinlichkeit 50% ist. Weniger als 5% jener, die auf der 10-er Skala bei einer Partei den Wert 5 angaben, haben diese Partei effektiv auch gewählt. Erst bei einer deklarierten Wahlwahrscheinlichkeit von 8 wählen über 30% auch diese Partei.

Wir haben für die Auswertung jeweils drei Gruppen gebildet. Von jenen, die bei einer Partei die Wahlwahrscheinlichkeit von 0-4 nannten, haben nur einzelne eine Partei auch gewählt, bei 5-7 sind es im Schnitt immerhin schon 10%, bei 8-10 über 50%. Aus diesen Eckwerten berechnen wir folgende Indikatoren:

- *Verlässliches Potential*: Anteil der Wählerinnen und Wähler, die angaben, mit einer Wahrscheinlichkeit von 8-10 dieser Partei ihre Stimme zu geben. Die Annahme dabei ist, dass eine Partei alle diese Wähler potentiell für sich gewinnen könnte.
- *Ausschöpfung I*: Anteil jener des verlässlichen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.
- *Maximales Potential*: Anteil aller Wählerinnen und Wähler, die angaben, mit einer Wahrscheinlichkeit von 8-10 dieser Partei ihre Stimme zu geben (verlässliches Potential) plus die Hälfte der Wählerinnen und Wähler, die angaben, mit einer Wahrscheinlichkeit von 5-7 diese Partei zu wählen. Die Annahmen dabei sind, dass eine Partei maximal alle Wählerinnen und Wähler mit verlässlichem Potential und die Hälfte der Wählerinnen und Wähler mit einer Wahrscheinlichkeit von 5-7 wählen würden.
- *Ausschöpfung II*: Anteil jener des maximalen Potentials, welche die entsprechende Partei auch gewählt haben.

Tabelle 15 gibt die verschiedenen Indikatoren für das Jahr 2007 und als Vergleich für 2003 wieder. Betrachten wir die erste Spalte mit dem verlässlichen Potential, so sehen wir, dass die SVP inzwischen über das grösste Potential verfügt und gegenüber 2003 ihr verlässliches Potential steigern konnte. Bei der CVP ist das verlässliche Potential ebenfalls klar gewachsen, während es bei SP leicht zurück und bei der FDP weitgehend konstant geblieben ist. Die beiden linken Parteien SP und Grüne verfügen über ein verlässliches Potential, das fast gleich gross ist wie jenes der SVP. Auffällig ist hier, dass die Grünen ihr verlässliches Potential 2007 deutlich steigern konnten.

Bei der Ausschöpfung des verlässlichen Potentials ist die SVP mit grossem Abstand Spitzenreiterin. Der SVP ist es im Gegensatz zu 2003 noch besser gelungen, jene, die sie potentiell wählen, auch zu einem Wahlerfolg für die SVP zu bewegen. Am schlechtesten ist die Ausschöpfung bei den Grünen, was mit der starken Überlappung mit der SP zu tun hat, wie wir weiter unten sehen werden. Allerdings ist es den Grünen gelungen, die Ausschöpfungsquote leicht zu steigern. Von den anderen grossen Parteien hat die FDP wie bereits 2003 die schlechteste Ausschöpfung, CVP und SP ist die Mobilisierung der potentiellen Wählerinnen und Wähler ebenfalls weniger gut gelungen als 2003, aber die Ausschöpfung ist etwas besser als jene der FDP.

Tabelle 15 Verlässliches und maximales Potential sowie deren Ausschöpfungsquote 2007 und 2003.

<i>2007</i>	<i>Verlässliches Potential</i>	<i>Ausschöpfung I</i>	<i>Maximales Potential</i>	<i>Ausschöpfung II</i>	<i>N</i>
SVP	32	81	38	67	626
FDP	22	52	40	29	441
CVP	20	58	40	29	399
SP	28	59	40	42	562
Grüne	29	31	43	21	575

<i>2003</i>	<i>Verlässliches Potential</i>	<i>Ausschöpfung I</i>	<i>Maximales Potential</i>	<i>Ausschöpfung II</i>	<i>N</i>
SVP	27	77	36	68	696
FDP	23	56	41	40	609
CVP	15	64	30	44	380
SP	32	61	45	49	838
Grüne	24	24	37	18	638

Lesebeispiel: Die SVP verfügt 2007 über ein verlässliches Wählerpotential von 32%. Von diesen haben 81% auch SVP gewählt. Das maximale Potential liegt bei 38%. Dieses hat sie zu 67% ausgeschöpft, d.h. 67% davon haben auch SVP gewählt.

Beim maximalen Potential hat 2007 gegenüber 2003 eine Annäherung unter den Parteien stattgefunden. Das maximale Potential der CVP und vor allem der Grünen ist leicht angestiegen, jenes der SP hingegen leicht gesunken. Hier zeigen sich auch die Grenzen der SVP. Die SVP verfügt zwar über das grösste verlässliche Potential, ihr maximales Potential liegt hingegen nicht höher als jenes der anderen Parteien. Der Wahlerfolg der SVP ist damit weniger auf eine

Steigerung des Potentials denn auf eine noch bessere Ausschöpfung ihres Potentials zurückzuführen. Das maximale Potential der FDP hat 2007 stagniert, die Ausschöpfung hat sich nochmals verschlechtert. Verbessert gegenüber 2003 hat sich das maximale Potential der CVP. Deutlich mehr Personen können sich 2007 vorstellen, CVP zu wählen, als noch 2003. Umgekehrt wurde dieses neu gewonnene Potential schlechter ausgeschöpft als 2003. Im linken Lager machte vor allem die Grüne Partei einen kleinen Sprung nach vorne, sowohl in der Höhe des maximalen Potentials als auch in der Ausschöpfung des maximalen Potentials; die SP hat ihr Potential verringert und gegenüber 2003 auch schlechter ausgeschöpft.

Nun kann es zwischen den Potentialen der verschiedenen Parteien zu Überlappungen kommen. Wir haben deshalb auch untersucht, mit welchen anderen Parteien die fünf grossen Parteien ihr Potential teilen. Tabelle 16 gibt diese Überlappungen wieder. Für jede Partei haben wir jene Wählerinnen und Wähler ausgeschieden, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 8 oder höher auf einer 10er Skala diese Partei (Spalte ganz links) wählen würden. Für diese potentielle Wählerschaft einer Partei haben wir dann berechnet, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie eine der anderen vier Parteien wählen würden.

In den ersten vier Zeilen sehen wir nun, welche Affinität zu anderen Parteien jene haben, die eine hohe Neigung SVP zu wählen haben. Bei diesen ist die Überlappung mit der FDP am höchsten. 23% geben an, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit auch FDP wählen würden. Zur CVP sind die Verbindungen klar geringer. Nur 13% würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch CVP wählen, die Hälfte würde kaum je CVP wählen. Zur Linken ist die Affinität erwartungsgemäss sehr bescheiden. Eine grosse Mehrheit kann sich kaum vorstellen SP oder Grüne zu wählen.

Bei den potentiellen FDP-Wählern gibt es rund ein Drittel, der sich auch vorstellen könnte, SVP zu wählen. Rund 50% könnten sich hingegen nicht vorstellen SVP zu wählen. Vergleicht man FDP und SVP, so zeigt sich, dass potentielle SVP-Wählerinnen und -Wähler ein unverkrampfteres Verhältnis zur FDP haben als umgekehrt, und die potentiell FDP-Wählenden sich an der Haltung gegenüber der SVP spalten. Zur CVP haben potentielle FDP-Wählerinnen und -Wähler ein besseres Verhältnis. Eben so viele wie bei der SVP können sich vorstellen CVP zu wählen, der Anteil jener FDP-Wählerinnen und -Wähler, die kaum je CVP wählen würden, ist aber deutlich geringer als bei der SVP. Die Distanz der potentiell FDP-Wählenden zu den Linken ist deutlich, jedoch geringer als bei der SVP.

Potentielle CVP-Wählerinnen und -Wähler stehen von der SVP bereits klar weiter entfernt als potentiell FDP-Wählende. Gegen zwei Drittel würden auf keinen Fall SVP wählen; allerdings hat auch die CVP einen rechten Flügel in der Wählerschaft mit Neigung zur SVP. Anders als bei der FDP kann sich bei potentiell CVP-

Wählenden bloss eine Minderheit nicht vorstellen, SP oder Grüne zu wählen. Allerdings ist auch die Wahrscheinlichkeit, SP oder Grüne zu wählen, nicht bei vielen sehr hoch.

Tabelle 16 Die Struktur des Parteienwettbewerbs 2007.

<i>Jene, mit hoher Wahrscheinlichkeit folgende Partei wählen...</i>		<i>.... haben folgende Wahrscheinlichkeit die Partei unten zu wählen.</i>			<i>Total</i>	<i>N</i>
		<i>Hoch (8-10)</i>	<i>Mittel (5-7)</i>	<i>Gering (0-5)</i>		
SVP	FDP	23	44	34	100	638
	CVP	13	35	51	100	634
	SP	5	14	81	100	638
	Grüne	8	22	71	100	637
FDP	SVP	32	19	49	100	452
	CVP	30	39	31	100	451
	SP	12	25	63	100	452
	Grüne	14	30	56	100	450
CVP	SVP	21	14	65	100	413
	FDP	33	37	30	100	411
	SP	24	32	44	100	412
	Grüne	27	33	40	100	412
SP	SVP	5	5	90	100	579
	FDP	10	30	61	100	579
	CVP	17	39	44	100	577
	Grüne	68	24	7	100	579
Grüne	SVP	8	7	85	100	583
	FDP	11	31	58	100	583
	CVP	19	41	40	100	584
	SP	68	21	11	100	585

Lesebeispiel: Von jenen, die eine grosse Wahlwahrscheinlichkeit haben SVP zu wählen (Spalte ganz links), haben 23% eine hohe, 44% eine mittlere und 34% eine geringe Wahrscheinlichkeit FDP zu wählen.

Bei der SP und den Grünen gibt es vor allem eine sehr grosse Überlappung untereinander. Nur sehr wenige können sich überhaupt nicht vorstellen, die jeweils andere Partei zu wählen. Die beiden Parteien verfügen auch über eine ähnlich grössere Distanz zu bürgerlichen Parteien, am grössten erwartungsgemäss zur SVP, am geringsten zur CVP, wobei auch hier nur eine kleine Minderheit mit hoher Wahrscheinlichkeit CVP wählen würde.

Auf den Parteienwettbewerb übertragen heisst dies, dass die SVP das rechte Lager klar besetzt hält, aber auch bei den anderen bürgerlichen Parteien nicht mehr über ein enormes Wachstumspotential verfügt. FDP und CVP konkurrenzieren sich gegenseitig und es drohen beiden Abwanderungen sowohl nach links als auch nach rechts. Für diese beiden „Mitte-Parteien“ ist die Konkurrenzsituation die grösste Herausforderung, weil sie sowohl von rechts, etwas mehr bei der FDP, als auch von links, etwas mehr bei der CVP, unter Druck stehen. SP und Grüne konkurrenzieren sich vor allem gegenseitig, mit eher bescheidenen Wachstumschancen in der Mitte, d.h. bei potentiellen CVP- und /oder FDP-Wählenden.

5 Die Kandidierenden

Neben den Wählerinnen und Wählern wurden anlässlich der Wahlen 2007 im Rahmen eines international vergleichenden Projektes auch sämtliche National- und Ständeratskandidierenden befragt. Dies erlaubt es, zusätzlich zur Wahlbefragung Einblicke in die Wahlkampfaktivitäten sowie die politischen Positionen der Kandidierenden in der Schweiz zu gewinnen. Von den rund 3000 Befragten hat etwas mehr als die Hälfte mitgemacht. Analog zur Umfrage bei den Wahlberechtigten haben wir auch hier verschiedene Gewichtungen vorgenommen, um Verzerrungen nach Parteien und Kantonen auszugleichen: Wir haben die rund 1700 Antworten auf alle 3100 Kandidierenden hochgewichtet und entsprechend ist die Zahl der ausgewiesenen Fälle (N) jeweils bei max. 3100 (detaillierte Beschreibung vgl. Anhang).

Für die meisten der Tabellen auf der folgenden Seite haben wir jeweils zwischen den Nicht-Gewählten und Gewählten, zwischen Männern und Frauen und zwischen den Kandidierenden der verschiedenen Parteien unterschieden, weil nicht nur die absoluten Werte, sondern auch die Vergleiche der verschiedenen Gruppen untereinander von Interesse sind.

Für die 200 Sitze im Nationalrat haben sich über 3000 Kandidierende beworben. Dies heisst auch, dass sich eine grosse Mehrheit der Kandidierenden kaum Wahlchancen versprechen konnte. Ob dies den meisten auch bewusst sei, hat uns als erstes interessiert (vgl. Tabelle 17). Insgesamt hatten mehr als 60% der Kandidierenden zu Beginn der Wahlkampagne die Einschätzung, dass sie keine Wahlchancen hätten. Weitere 23% gestanden sich nur geringe Chancen ein. Für 8% war der Wahlausgang offen, 6% fanden, sie hätten gute Chancen, und 2% waren sich sicher, dass sie einen Sitz gewinnen würden. Hier gibt es allerdings Unterschiede nach Partei. SVP Kandidierende hatten weniger häufig das Gefühl, dass sie chancenlos seien, Kandidierende der Grünen waren sich viel häufiger klar, dass ihre Wahlchancen minimal sind. Dies ist teilweise dadurch zu erklären, dass bei der SVP reell am meisten und bei den Grünen am wenigsten Sitze zu verteilen waren. Vergleicht man die Einschätzung damit, ob jemand effektiv gewählt wurde (letzte Spalte Tabelle 16), so zeigt sich, dass die Einschätzung jener, die sich keine oder nur wenig Chancen einrechneten, sehr wohl richtig war. Kandidierende in dieser Gruppe wurden nur in Einzelfällen gewählt. Allerdings wurden auch nur 14% jener gewählt, für die der persönliche Wahlausgang offen war. Von jenen, die sich gute Chancen ausrechneten, wurden 57% auch gewählt. Die meisten, die sich sicher fühlten, haben auch einen Sitz gemacht, allerdings haben sich 20% in dieser Gruppe zu sicher gefühlt und den Sitz nicht gemacht.

Tabelle 17 Selbsteinschätzung der Wahlchancen der Kandidierenden.

	Total	SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Anteil Kandidierende effektiv gewählt in %
Kann keinesfalls einen Sitz gewinnen	61	46	57	56	51	73	0
Habe wenig Chancen	23	23	23	24	27	18	0
Persönlicher Wahlausgang offen	8	14	8	11	11	4	14
Gute Chancen	6	15	7	8	7	4	57
Auf jeden Fall einen Sitz gewinnen	2	2	4	2	4	0	81
Total	100	100	100	100	100	100	
<i>N (gewichtet)</i>	3047	404	432	367	401	410	

Lesebeispiel: Total gaben 61% aller Kandidierenden an, dass sie zu Beginn der Wahlkampagne sicher waren, keinen Sitz zu gewinnen, 23% sahen nur wenig Chancen, für 8% war der Wahlausgang offen, 6% glaubten, gute Chancen zu haben, und 2% meinten, auf jeden Fall einen Sitz zu gewinnen.

Bei der Kandidatenbefragung haben wir uns für die Verankerung der Kandidierenden in verschiedenen Organisationen interessiert (vgl. Tabelle 18), da wir davon ausgehen, dass die strukturelle Verankerung eine wichtige Säule für den Wahlerfolg darstellt. In einem Wahlsystem, in dem die Wählerinnen und Wähler durch panaschieren und kumulieren nicht nur die Möglichkeit haben, einer Partei die Stimme zu geben, sondern auch innerhalb einer Liste einzelne Kandidatinnen und Kandidaten zu bevorzugen, ist es für die einzelnen Kandidierenden wichtig, möglichst viele Zusatzstimmen für sich zu gewinnen, um gewählt zu werden. Da in der Schweiz die Sitzzahl einer Partei in einem Kanton selten stark schwankt und damit die zu vergebenden Sitze für eine Partei stark vordefiniert ist, kommt es innerhalb der Parteien mitunter zu einer stärkeren Konkurrenzsituation als zwischen den Parteien. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb persönliche Wahlkämpfe sehr wichtig sind und grosses Gewicht an den Wahlkampfaktivitäten insgesamt einnehmen.

Wenig erstaunlich ist, dass die Verankerung in verschiedenen Organisationen bei Gewählten fast überall ausgeprägter ist als bei den Nicht-Gewählten. Dies gilt für Berufsverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen. In zwei Fällen ist das Verhältnis umgekehrt. Nicht-Gewählte sind häufiger in kirchlichen Organisationen und in Freizeitvereinen tätig als Gewählte. Dies ist wohl auch ein Indikator dafür, dass diese Art von Organisation als weniger wichtig für die eigene Mobilisierung wahrgenommen wird. Ein paar Unterschiede gibt es auch nach Geschlecht: Männer sind häufiger in Berufsverbänden und in Sportvereinen, Frauen häufiger in sozialen Organisationen Mitglied.

In Abhängigkeit der Parteimitgliedschaft gibt es nur wenige Unterschiede – die dafür deutlich sind. SP-Kandidierende sind traditionell sehr stark in Gewerkschaften verankert, auch deutlich stärker als Kandidierende der Grünen. Unter den

SVP- und FDP-Kandidierenden gibt es hingegen nur vereinzelt Gewerkschaftsmitglieder. Grüne Kandidierende sind deutlich weniger häufig in Sportvereinen Mitglied, in kulturellen Organisationen sind SVP-Kandidierende seltener Mitglied. Wenig überraschend sind CVP-Kandidierende noch immer häufiger Mitglied in kirchlichen Organisationen, bei den anderen Parteien ist das viel seltener. Gut die Hälfte der SP- und Grünen-Kandidierenden sind Mitglied in sozialen Organisationen, was bei CVP und FDP nur bei einem Drittel und bei der SVP bei gut einem von 10 der Kandidierenden der Fall ist. Freizeitvereine sind wichtiger für die CVP.

Tabelle 18 Mitgliedschaft der Kandidierenden in verschiedenen Organisationen.

	Nicht Gewählte	Gewählte	Männer	Frauen	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
Gewerkschaft	17	24	17	19	1	2	10	52	18
Berufsverband	38	55	43	31	47	41	43	33	36
Interessegruppe	39	50	42	35	53	42	39	45	48
Sportverein	33	38	39	23	44	41	45	35	23
Kulturelle Organisation	31	39	31	32	18	34	43	43	41
Kirchliche/religiöse Vereinigung	27	16	26	26	11	13	33	14	17
Soziale Organisation	37	44	31	48	12	32	38	56	49
Freizeitverein	35	22	36	31	37	40	53	29	30
<i>N (gewichtet)</i>	<i>2900</i>	<i>197</i>	<i>2007</i>	<i>1090</i>	<i>409</i>	<i>436</i>	<i>371</i>	<i>410</i>	<i>413</i>

Lesebeispiel: 17% der Nicht-Gewählten und 24% der Gewählten gaben an, in einer Gewerkschaft Mitglied zu sein.

Ein weiterer möglicher Faktor für den Wahlerfolg ist, inwiefern Kandidierenden die Ochsentour machen, d.h. wie sie von unten nach oben im schweizerischen föderalistischen System in öffentlichen und Parteiämtern Erfahrung sammeln (vgl. Tabelle 19). Wenig überraschend gibt es auch hier klare Unterschiede zwischen Gewählten und Nicht-Gewählten. Deutlich mehr der Gewählten hatten bereits ein oder mehrere Mandate in der Politik auf kantonaler oder kommunaler Ebene besetzt. Auffällig dabei ist, dass vor allem ein Sitz im kantonalen Parlament dem Mandat auf eidgenössischer Ebene vorangeht. Über drei Viertel der nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatte bereits einmal ein Mandat in einem kantonalen Parlament. Sehr häufig waren auch Mandate in einer kommunalen Exekutive und/oder Legislative. Dabei gibt es kaum Unterschiede nach Geschlecht, dafür ein paar wenige nach Partei. Grüne Kandidierende sind eher weniger häufig in kommunalen Exekutivämtern, vermutlich weil sie auch insgesamt weniger Exekutivsitze besetzen; bei kommunalen oder kantonalen Legislativämtern sind sie hingegen ebenso häufig vertreten wie Kandidierende anderer Parteien.

Wichtig sind für die Kandidierenden ebenfalls verschiedene Parteiämter, da eine gute Verankerung in der Partei wichtig ist, um die Nominationshürde zu schaffen, insbesondere bei jenen Parteien, bei denen es ein Gerangel um die Listenplätze gibt. In den Gemeinden hatten gut rund die Hälfte der Kandidierenden ein Parteiamt ausgeübt, wobei es hier keine grossen Unterschiede gibt – weder in Abhängigkeit, ob jemand gewählt wurde oder nicht, zwischen den Geschlechtern oder zwischen den Parteien. Unterschiede gibt es auf kantonaler Ebene. Dort haben oder hatten sehr viele der Gewählten und auch etwas häufiger Männer ein Parteiamt inne.

Tabelle 19 Kandidierende nach Besetzung von öffentlichen und Parteiämtern 2007.

	Nicht Gewählte	Gewählte	Männer	Frauen	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
<i>Öffentliches Amt</i>									
Gemeinde oder Stadtpräsidium	6	15	9	3	10	11	11	7	2
Gemeinde- oder Stadtregierung	17	41	21	15	26	25	18	20	12
Gemeinde- oder Stadtparlament	27	50	29	28	27	36	33	36	32
Kant. Exekutive	1	5	1	1	1	2	1	1	1
Kantonalparlament	26	76	31	27	41	25	33	43	32
<i>N (gewichtet)</i>	2359- 2591	156- 189	1676- 1789	891- 991	346- 382	344- 385	302- 336	323- 365	319- 365
<i>Parteiamt ausgeübt auf...</i>									
... Gemeindeebene	48	53	51	44	58	60	56	56	47
... kantonaler Ebene	43	78	48	39	58	50	47	51	43
... nationaler Ebene	15	41	18	15	19	17	20	15	11
<i>N (gewichtet)</i>	2379- 2610	163- 183	1662- 1820	897- 970	344- 382	358- 412	312- 341	348- 377	319- 365

Lesebeispiel: Von den Nicht-Gewählten gaben 6% an, ein Gemeinde- oder Stadtpräsidium besetzt zu haben oder zu besetzen. 17% gaben an, in eine Gemeinde- oder Stadtregierung gewählt worden zu sein.

Um einen Wahlkampf zu führen, stehen den Kandidierenden verschiedene Instrumente zur Verfügung. Wir haben gefragt, wie wichtig Wahlplakate, Inserate, Flugblätter oder eine eigene Website für die Kandidierenden im Wahlkampf sind (vgl. Tabelle 20). Auch hier gibt es zwischen Nicht-Gewählten und Gewählten erhebliche Unterschiede. Für die Gewählten sind wenig überraschend alle Instrumente wichtiger als für die Nicht-Gewählten. Interessant ist, dass vergleichsweise viele Nicht-Gewählte Flugblätter für ihre Kampagne als wichtig empfanden. Dies hat wohl damit zu tun, dass dieses Instrument im Gegensatz zu Inseraten oder Wahlplakaten relativ günstig ist. Zwischen Männern und Frauen gibt es

kaum Unterschiede, ausser dass Frauen klar weniger häufig eine Website genutzt haben.

Gewisse Unterschiede zeigen sich wenn man die Kandidierenden verschiedener Parteien vergleicht. Bürgerliche Parteien setzten klar häufiger auf Wahlplakate. Bei allen bürgerlichen Parteien haben offenbar mehr als die Hälfte Plakate in ihrem Wahlkampf eingesetzt. Bei SP waren diese nur 40%, bei den Grünen weniger als 25%. Inserate wurden bei allen Parteien, ausser bei den Grünen von mehr als der Hälfte eingesetzt. Ingesamt zeigt sich, dass Kandidierende der Grünen deutlich weniger häufig alle Wahlkampfinstrumente benutzen als die Kandidierenden anderer Parteien. Dies kann verschiedene Gründe haben. So ist es wahrscheinlich, dass den Kandidierenden der Grünen deutlich weniger Wahlkampfmittel zur Verfügung standen, als z.B. den Kandidierenden der SP. Weiter ist es möglich, dass durch den geringeren Wähleranteil die Zahl jener bei den Grünen geringer ist, die sich Wahlchancen erhoffen, zumal Listenfüller-Kandidierende sich weniger engagieren als solche mit realen Chancen.

Tabelle 20 Nutzung und Bedeutung verschiedener Wahlkampfinstrumente.

		Nicht-Gewählte	Gewählte	Männer	Frauen	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
Wahlplakate	Nicht benutzt	59	19	54	59	40	38	41	59	77
	Wenig wichtig	13	22	14	12	14	20	17	14	7
	Wichtig	28	59	31	29	46	42	41	27	16
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	N	2791	194	1936	1049	394	429	357	395	402
Inserate	Nicht benutzt	60	17	55	61	40	39	49	48	74
	Wenig wichtig	15	25	18	13	19	19	19	21	14
	Wichtig	24	58	27	26	41	42	32	30	13
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	N	2803	195	1948	1050	401	433	363	393	405
Flugblätter	Nicht benutzt	42	29	40	44	30	24	20	42	62
	Wenig wichtig	13	18	14	12	14	14	15	15	13
	Wichtig	45	54	46	44	56	62	65	44	25
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	N	2784	190	1926	1049	395	419	359	393	407
Webseite	Nicht benutzt	54	17	48	58	36	35	34	45	70
	Wenig wichtig	15	24	18	11	15	15	20	18	12
	Wichtig	31	59	34	30	49	50	45	38	18
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	N	2759	195	1900	1054	393	424	358	395	403

Lesebeispiel: Unter den Nicht-Gewählten gaben 59% an, Wahlplakate nicht benutzt zu haben, für 13% war dies ein wenig wichtiges Instrument sowie für 28% ein wichtiges Instrument.

Eine der in der Schweiz nicht zuletzt durch die geringe Transparenz immer wieder diskutierten Fragen ist, wie viel Geld in die Politik fliesst. Da es keine Deklarationspflicht gibt, weder über Herkunft noch Verwendung von Geldern, welche Parteien und Kandidierende in die Wahlkämpfe investieren, muss man sich auf Schätzungen, oder in unserem Fall auf die Selbstdeklaration durch Kandidierende stützen. Wir haben alle Kandidierenden gefragt, wie viel Geld sie insgesamt in ihrem Wahlkampf eingesetzt haben. Bei den Antworten ist nicht klar, wie gut die Angaben mit der Realität übereinstimmen, da wohl viele Kandidierenden dazu neigen, ihre Wahlkampfkosten zu untertreiben und damit die effektiven Ausgaben höher sind als die deklarierten. Anders, als etwa in den USA, in denen der Spendeneingang ein Indikator für die Popularität eines Kandidierenden ist, hat Geld, das in der Schweiz in die Politik fliesst noch immer einen anröchigen Charakter und viele Akteure scheuen sich, öffentlich darüber zu sprechen. Wir haben in dem Fragebogen nur erhoben, welche Mittel die einzelnen Kandidierenden einsetzen. Zusätzlich wenden auch Parteien, Einzelpersonen oder Komitees Mittel für Wahlkämpfe auf, die wir hier nicht erfassen können.

Rechnet man die selbstdeklarierten Wahlkampfausgaben der rund 1700 Antwortenden auf alle Kandidierenden hoch, so kommt man auf Total rund 25 Mio. Fr., die alle Kandidierende für ihren Wahlkampf nach eigenen Angaben aufgewendet haben. Davon entfallen 6,1 Mio auf die SVP-Kandidierenden, 5,9 Mio. auf die Kandidierenden der FDP, 4,9 Mio. auf die CVP, 2,5 Mio. auf die SP und 1,2 Mio. auf die Grünen. Das bedeutet, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin im Schnitt etwas über Fr. 9000 für den Wahlkampf aufgewendet hat, oder umgekehrt, dass pro Kopf der über 4,9 Mio. Stimmberechtigten mindestens rund 5 Fr. durch die Kandidierenden ausgegeben wurden, bzw. pro Kopf der Stimmenden mindestens 10 Fr. Auch hier ist der Schwankungsbereich erheblich, bürgerliche Kandidierende geben im Schnitt um die 15'000 Fr. aus, SP-Kandidierende 6'800 Fr. und Kandidierende der Grünen 3'100 Fr. Für den Wahlkampf kommen noch die Ausgaben der Parteien hinzu, die laut Schätzungen auch einen zweistelligen Millionenbetrag ausmachen und somit die Wahlkampfausgabe insgesamt annähernd verdoppeln. Damit sind die Ausgaben pro Kopf in der Schweiz vergleichbar mit Wahlausgaben in anderen westlichen Demokratien. Z.B. erwartet man in den USA, dass für Präsidentschaftswahlen 2008 mehr als 1000 Mio. \$ ausgegeben werden, was bei 200 Mio. möglichen Wählerinnen und Wähler auch nicht mehr als 5 \$ pro Kopf ausmacht.

Die Verteilung der Ausgaben ist sehr einseitig: Die allermeisten Kandidierenden geben nur sehr wenig Geld für ihren Wahlkampf aus. Insbesondere bei den Nicht-Gewählten gaben 18% an, keinen einzigen Franken in den Wahlkampf investiert zu haben. 70% gaben in dieser Kategorie weniger als 5000 Fr. aus. Bei den Gewählten waren die Ausgaben insgesamt deutlich höher. Dort gaben 80% an, mehr als 10'000 Fr. investiert zu haben, 30% investierten sogar mehr als 50'000

Fr. Mehr Geld zur Verfügung stand auch den Männern als den Frauen, die häufiger mit kleinen Budgets auskommen mussten. Für Frauen ist es offenbar immer noch schwieriger als für Männer, Geld für ihre Wahlkampagnen zu mobilisieren.

Bei den Parteien gibt es ebenfalls klare Unterschiede. Den linken Kandidierenden und insbesondere den Kandidierenden der SP stehen viel weniger Mittel zur Verfügung, als den Kandidierenden bürgerlicher Parteien. Bei den Grünen gaben nur 7% mehr als 10'000 Fr. aus, bei der SP waren dies immerhin 25%, bei CVP und FDP über 35% und bei der SVP gar über 47%. Bei der SVP ist das finanzielle Engagement der Kandidierenden in der Kampagne klar höher als bei den anderen bürgerlichen Parteien FDP und CVP. Dafür ist aber bei der SVP der Anteil jener, die angeblich keinen einzigen Franken einsetzten, leicht höher als bei den anderen bürgerlichen Parteien.

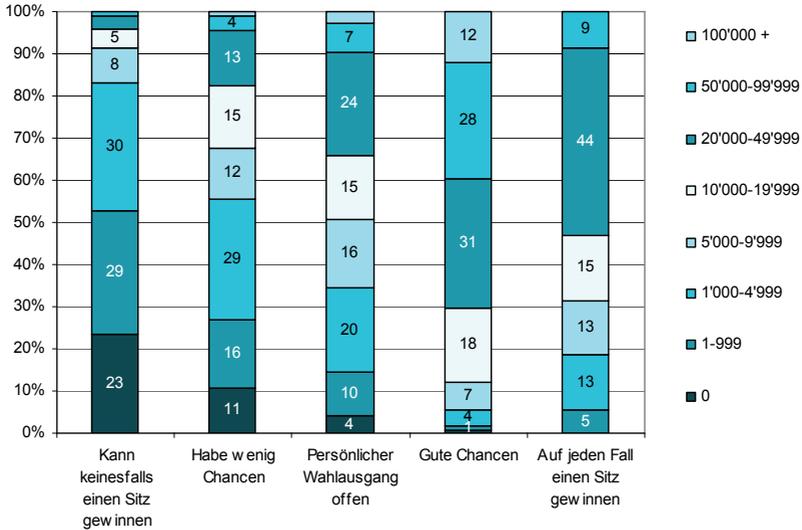
Tabelle 21 Wahlkampfausgaben der einzelnen Kandidierenden.

	Total	Nicht-Gewählte	Gewählte	Männer	Frauen	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
0	17	18	2	15	20	13	9	7	16	25
1-999	22	24	2	20	27	9	14	17	18	36
1'000-4'999	27	28	9	28	24	22	28	25	28	26
5'000-9'999	10	10	7	10	10	10	12	15	14	5
10'000-19'999	9	9	15	10	8	14	11	12	15	2
20'000-49'999	10	8	33	11	7	22	17	14	8	3
50'000-99'999	4	2	26	4	3	8	5	8	1	2
100'000 +	1	1	6	2	1	3	3	2	0	0
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N	2780	2599	182	1851	929	373	396	334	370	384

Lesebeispiel: von allen Befragten gaben 17% an, 0 Fr. in den Wahlkampf investiert zu haben, 22% gaben an, zwischen 1 und 999 Fr. investiert zu haben.

Interessant ist der Vergleich der Wahlkampfausgaben mit der Selbsteinschätzung der Wahlchancen (vgl. Grafik 12). Die grosse Mehrheit jener, die sich keine Wahlchancen erhoffen, gibt auch nur wenig Geld aus; bei jenen, die sich wenig Chancen erhoffen, steigen die Ausgaben dann aber bereits deutlich an. Am meisten geben jene aus, die sich gute Chancen ausrechnen, die sich aber nicht sicher sind, einen Sitz zu gewinnen. In dieser Gruppe geben 70% mehr als 20'000, 40% gar mehr als 50'000 für den Wahlkampf aus. Jene, die sicher sind, einen Sitz zu gewinnen, geben weniger für den Wahlkampf aus.

Grafik 12 Wahlkampfausgaben nach persönlichen Chancen

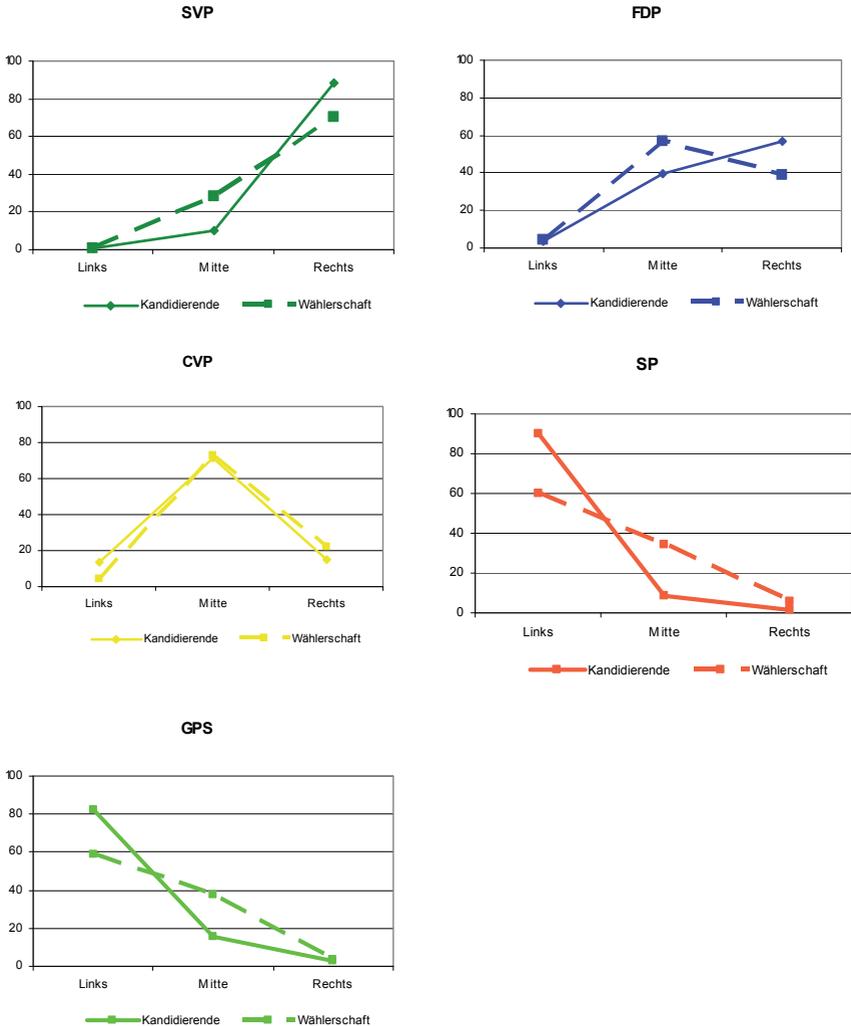


Lesebeispiel: Von jenen, die sich glauben, keinen Sitz gewinnen zu können, gaben 23% an, 0 Fr. für dein Wahlkampf ausgegeben zu haben, 29% haben 1-999 Fr. ausgegeben und 30% zwischen 1'000 und 4'999 Fr. (N: 1643 „keinesfalls einen Sitz“; 653 „wenig Chancen“; 238 „Wahlausgang offen“; 463 „Gute Chancen“; 52 „Auf jeden Fall Sitz“).

In einem letzten Abschnitt vergleichen wir nun die Positionierung der Kandidierenden mit der Positionierung der Wählerschaft. Grafik 13 gibt die Selbst-Positionierung der Wählerschaft sowie der Kandidierenden der fünf grossen Parteien auf der Links-Rechts-Achse wieder. Für diese Abbildung haben wir drei Gruppen gebildet: Jene, die sich zwischen 0 und 3 positionieren, haben wir als Links eingestuft, 4-6 als Mitte und 7-10 als Rechts. Die ausgezogene Linie ist jeweils die Positionierung der Kandidierenden, die gestrichelte Linie die Positionierung der Wählerinnen und Wähler.

In der Positionierung von Wählerinnen und Wählern und Kandidierenden gibt es je nach Partei Unterschiede. Deutliche Unterschiede in der Positionierung gibt es bei der SVP. Dort ordnen sich rund 90% der Kandidierenden rechts ein, bei der Wählerschaft sind dies „nur“ 70%. Kleinere Abweichungen gibt es bei der FDP, dort sind ebenfalls die Kandidierenden etwas häufiger rechts als die Wählerbasis: 57% der Kandidierenden stufen sich rechts ein, unter den Wählenden sind dies nur 40%. Bei der CVP gibt es eine grosse Übereinstimmung in der Positionierung, wobei jeweils über 70% der Wählenden und der Kandidierenden sich in der Mitte einstuft.

Grafik 13 Einordnung auf der Links-Rechts Skale der Kandidierenden im Vergleich zur Wählerschaft.



Am ausgeprägtesten sind die Unterschiede bei SP und Grünen: Kandidierende der SP und der Grünen sind klar häufiger links positioniert als die Wählerinnen und Wähler von SP und Grünen; hinzu kommt, dass es in der Positionierung der Wählerschaft und der Kandidierenden dieser beiden linken Parteien keine sub-

stantiellen Unterschiede gibt. Rund 90% der SP-Kandidierenden und über 80% der Grünen-Kandidierenden bezeichnen sich als links, bei den Wählerinnen und Wählern sind dies hingegen je nur 60%.

Zuletzt haben wir untersucht, welche Themen die Kandidierenden in Abhängigkeit der Parteizugehörigkeit und im Vergleich zu den Wählenden wichtig finden (vgl. Tabelle 22). Bei der SVP ist unter den Kandidierenden das Thema Kriminalität und Sicherheit an erster Stelle, gefolgt von Finanzen und Steuern sowie Immigration/Ausländer/Asyl. Hier gibt es eine auffällige Diskrepanz zur SVP-Wählerschaft, bei der das Thema Immigration/Ausländer/Asyl klar am prominentesten ist. Anders ausgedrückt heisst dies, dass die SVP-Kandidierenden sehr wohl Kriminalität und Sicherheit und nicht ein generelles Ausländerproblem als wichtigstes Problem betonen, bei der Wählerschaft kommt dies aber nicht so an; dort geht es dann primär um Ausländer und Asyl allgemein. Die Wählerschaft nimmt die Kampagne weniger differenziert wahr, als dies die SVP-Kandidierenden tun.

Tabelle 22 Wichtige Probleme der Kandidierenden im Vergleich zur Wählerschaft.

	SVP		FDP		CVP		SP		Grüne	
	Kandidierende	Wählende								
Immigration, Ausländer, Asyl	15	40	8	22	8	21	16	21	5	16
Sozialwerke, soziale Sicherheit	11	12	19	15	26	15	32	21	5	17
Umwelt, Energie, Klima	4	5	17	12	24	16	30	22	78	36
Kriminalität, Sicherheit	33	17	9	8	7	6	3	2	2	2
Politisches System, Parteien, Politiker	0	4	4	6	5	9	2	9	1	6
Arbeitsmarkt	1	4	1	6	3	10	2	6	0	4
Europäische Integration	7	2	7	3	8	4	3	3	1	2
Gesundheitspolitik	0	2	3	7	1	4	1	5	0	4
Finanzen und Steuern	16	4	10	4	3	3	4	1	0	1
Andere	13	10	21	18	15	14	9	10	7	12
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<i>N</i>	392	562	412	303	346	281	393	382	402	185

Lesebeispiel: 15% der Kandidierenden der SVP gaben das Thema Immigration/Ausländer/Asyl als wichtigstes Problem in der Schweiz an, unter den Wählerinnen und Wähler der SVP waren dies 40%.

Eine ebenfalls klare Differenz in der Betonung der wichtigen Themen gibt es bei den Grünen. Dort geben 78% der Kandidierenden Umwelt und Klima als wichtigstes Problem an, während dieses Thema zwar auch bei den Wählenden gut abschneidet, jedoch die Themenpalette unter der Wählerschaft wesentlich breiter ist. Bei der FDP und der CVP aber auch bei SP und Grünen fällt auf, dass jeweils mehr Wählende sich Sorgen um Immigration machen als Kandidierende.

Auffällig ist bei der FDP, dass es kein eigentliches Top-Thema unter den Kandidierenden gibt, was auch die Unklarheit der Themensetzung im Wahlkampf widerspiegelt. Bei den CVP ist ebenfalls die Themenpalette breit, wobei es bei den Kandidierenden eine Fokussierung auf das Thema Umwelt und soziale Fragen gibt, die allerdings bei der CVP-Wählerschaft weniger ausgeprägt ist als bei den Kandidierenden. Bei den SP-Kandidierenden schliesslich sind die Themen Umwelt und soziale Sicherheit dominant, andere Themen haben, abgesehen vom Thema Immigration, nur eine geringe Bedeutung.

6 Anhang

6.1 *Das Selects-Projekt*

Selects ist ein seit 1995 bestehendes Wahlforschungsprojekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten Schweizer Universitäten getragen wird. Mit Selects ist der Wahlforschung in der Schweiz seit 1995 gelungen, sowohl eine hohe Kontinuität zu wahren, immer wieder neue, innovative Fragestellungen einzubeziehen als auch die Schweizer Wahlforschung international zu vernetzen. Diese Vernetzung erfolgt unter anderem durch die Beteiligung an zwei international vergleichenden Studien. Zum einen ist das die „Comparative Study of Electoral Systems (CSES)“, welche in den 90er Jahren begann und sich nun bereits im dritten Durchlauf befindet. Das CSES-Modul umfasst verschiedene Fragen, die teils in die telefonische, teils in die schriftliche Befragung einbezogen wurden. Selects hat sich 2007 auch an einem neuen international vergleichenden Projekt beteiligt, dem „Comparative Candidate Survey (CCS)“, und nach den Wahlen sämtliche Kandidierenden befragt. Diese Kandidierenden-Befragung wurde von dem Team, welches die on-line-Plattform smart-vote betreibt, im Auftrag von Selects durchgeführt.

2007 wurde die Befragung zum grössten Teil vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziert. Zusätzliche Beiträge lieferten die Kantone Genf, Tessin und Zürich, welche die Aufstockung der Stichprobe in diesen Kantonen auf je 600 Befragte finanzierten.

Georg Lutz, der Autor dieser Studie, ist seit 1. Januar 2008 Projektleiter von Selects. Das seit 1995 bestehende Selects-Projekt wurde auf Anfang 2008 der neu gegründeten Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (FORS) in Lausanne angegliedert. Bis 31. Dezember 2007 wurde das Selects-Projekt und damit auch die Erhebungen 2007 von einer Kommission der Schweizerischen Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften sowie von Peter Selb als Projektleiter getragen. Mitglieder der verantwortlichen Selects-Kommission waren Carlo Malaguerra (Präsident), Reto Hadorn (SIDOS), Hanspeter Kriesi (Universität Zürich), Max Kaase (Berlin), Wolf Linder (Universität Bern), Ioannis Papadopoulos (Universität Lausanne) Pascal Sciarini (Universität Genf), Werner Seitz (Bundesamt für Statistik), Hans-Urs Wili (Bundeskanzlei) sowie Henri von Roten (Staatskanzlei Wallis). In der Arbeitsgruppe direkt an der Gestaltung des Fragebogens und der Umfrage mitgewirkt haben neben Peter Selb Marc Bühlmann, Daniele Caramani, Dominique Joye, Philipp Leimgruber, Oscar Mazzoleni, Peter Moser, Sarah Nicolet, Florence Passy, Marco R. Steenbergen und Alexander Widmer.

6.2 Zur Interpretation der Ergebnisse

Auch so genannt repräsentative Umfragen sind nicht repräsentativ in dem Sinne, dass sie eine 1:1 Spiegelung der Wirklichkeit ergeben. Die zufällig ausgewählten Haushalte unterliegen einem Stichprobenfehler, von den zufällig ausgewählten Haushalten können nicht alle befragt werden, und jene, die befragt werden können, sind nicht zwingend repräsentativ für alle. So gaben in unserer Umfrage z.B. 67% an, gewählt zu haben, während es in der Realität nur 48% waren. Wir haben diese Verzerrungen in der Beteiligung sowie Verzerrungen im Parteischeid durch Gewichtung ausgeglichen (vgl. Gewichtungen). All diese Fehlerquellen bedeuten jedoch, dass man bei der Interpretation und Darstellung von Ergebnissen zurückhaltend vorgehen muss.

Wir verwenden verschiedene Kriterien, um möglichst nur gesicherte Ergebnisse zu interpretieren. In erster Linie müssen Unterschiede statistisch signifikant sein, d.h. sie müssen überzufällig sein, damit wir sie als Unterschiede interpretieren. Da wir vor allem bivariate Zusammenhänge darstellen, wurde in der Regel ein Chi-Quadrat-Test durchgeführt, der überprüft, ob die Verteilung der Fälle in einer Kreuztabelle statistisch signifikant ist oder nicht. Wir haben hier nur Ergebnisse präsentiert, die signifikant sind. Auch wenn eine Verteilung zwischen zwei Ausprägungen in einer Tabelle insgesamt signifikant ist, heisst dies jedoch noch nicht, dass alle Unterschiede in dieser Tabelle ebenfalls signifikant sind.

Ein weiteres Kriterium ist der Stichprobenfehler, der die Bandbreite angibt, in dem sich der reale Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegt. Dieser ist abhängig von der Anzahl der untersuchten Fälle sowie von der Verteilung der Werte. Je weniger Fälle man untersucht und je mehr sich eine Verteilung in Richtung 50-50 bewegt, desto grösser ist die mögliche Verzerrung. Wenn wir alle 4392 Befragten in eine Auswertung einbeziehen, dann ist der Stichprobenfehler +/- 1,5% bei einer 50-50 Verteilung. Untersucht man nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen, von denen und 2007 192 befragt wurden, dann steigt der Stichprobenfehler auf +/- 7,2%. Deshalb ist auch die Angabe eines globalen Stichprobenfehlers nicht allzu sinnvoll, da er in Abhängigkeit der einbezogenen Fälle variiert und in der Regel grösser ist, als der global ausgewiesene Stichprobenfehler. Da der mögliche Fehler bei unserer Stichprobengrösse von über 4000 Befragten fast immer grösser als 1% ist, verzichten wir auch konsequent darauf, Ergebnisse mit Komastellen anzugeben, um nicht den Eindruck einer Genauigkeit zu wecken, die wir nicht erfüllen können. Wichtig ist ebenfalls, immer die Zahl (N) der in der jeweiligen Analyse aufgenommenen Personen auszuweisen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Datenzugang. Es ist nur so möglich, Ergebnisse zu verifizieren – oder zu falsifizieren – und damit nachvollziehbar zu machen, wenn der Zugang zu den Rohdaten gewährleistet ist und die Auswertungsmethoden nachvollziehbar beschrieben sind. Diesem Prinzip sind auch wir verpflichtet. Die ausführlich

dokumentierten Daten der Befragung 2007 sowie aller früheren Befragungen sind über die Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (FORS) öffentlich verfügbar (www.fors.unil.ch).

6.3 Die Befragungen

Die hier verwendeten Befragungsdaten wurden im Rahmen der Schweizer Wahlstudien Selects 1995, 1999, 2003 und 2007 mittels computerunterstützter Telefoninterviews (CATI) erhoben. Die Grundgesamtheit bildeten dabei jeweils alle in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten mit einem festen Telefonanschluss.

Kernstück des Projektes von 2007 ist die Befragung von 4392 Stimmberechtigten in der Schweiz durch das LINK-Institut. 2005 dieser Befragten bilden eine nationalen Stichprobe; 2387 Interviews wurden zusätzlich durchgeführt, um erstens in jedem Kanton mindestens 100 Personen zu befragen und zweitens um in drei ausgewählten Kantonen (Zürich, Tessin, Genf) insgesamt je rund 600 Interviews durchführen zu können. Diese zusätzlichen Interviews wurden von den erwähnten Kantonen auch zusätzlich finanziert. Die Auswertungen in dieser Studie basieren auf sämtlichen 4392 Interviews. Um die Über- und Unterrepräsentation der Kantone auszugleichen, wurden die Daten für die Auswertungen entsprechend gewichtet (vgl. ausführliche Beschreibung dazu im Anhang). Nach der telefonischen Befragung wurden an 3009 der Befragten ein schriftlicher Befragungsbogen verschickt. Davon haben insgesamt 2291 Teilnehmende den Fragebogen postalisch retourniert oder online ausgefüllt (76%).

In den Befragungen von 1995-2003 bildeten ebenfalls eine repräsentative Stichprobe von 2'000 Befragten das Kernstück der Studie. Darüber hinaus berücksichtigte das Stichprobendesign jeweils zusätzliche Faktoren, um spezifische Fragestellungen zu bearbeiten. 1995 wurden die Stichprobe in den Kantonen Luzern, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Wallis und Genf auf jeweils 600 Befragte, sowie die der Kantone Zürich, Bern und Waadt auf je 800 Befragte aufgestockt. 1999 wurden kantonale Aufstockungen auf jeweils 600 Befragte für die Kantone Zürich, Tessin und Genf vorgenommen. 2003 wurden mindestens je 600 Personen in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Waadt und Genf befragt. Zusätzlich sollte 2003 durch die Stichprobenziehung auch für kleine Kantone ein Minimum von 30 Befragten gewährleistet werden. Der Verteilung der Wahlberechtigten auf die Kantone (siehe Tabelle A.1.) entsprechend ergaben sich aus diesen Vorgaben erwartete Gesamtzahlen von 7'278 Befragten 1995, von 3'288 Befragten 1999 und von 5'700 Befragten 2003.

Da bei der Ausschöpfung von Stichproben in der Regel ein Teil der Stichprobenpopulation aus unterschiedlichen Gründen verloren geht, muss eine Bruttostichprobe gezogen werden, welche Vermutungen über den Umfang dieser Ausfälle berücksichtigt. Entsprechend wurden für die Befragungen 1995 zufällig, aber

nach Kantonen geschichtet, 22'664 Telefonnummern aus dem Swisscom-Nummernverzeichnis (damals noch PTT-Telefonregister) gezogen, um auf die gewünschte Gesamtzahl von 7'278 Befragten zu kommen. 1999 waren es 8'870, 2003 15'005 und 2007 12'081 (siehe Tabelle A.1.). Diese Ausgangsnummern wurden 1995 durch die Befragungsinstitute IPSO und IHA-GfM, 1999, 2003 und 2007 durch das LINK-Institut für Markt- und Sozialforschung kontaktiert. Von der Bruttostichproben fielen jeweils 16 bis 29 Prozent aufgrund stichprobenneutraler Ursachen aus, d.h. aus Gründen, die die Qualität der realisierten Stichprobe nicht beeinflussen, da die betreffenden Fälle schlicht nicht zur weiter oben definierten Grundgesamtheit gehören (Firmennummern, keine wahlberechtigten Personen in Privathaushalten, ungültige Nummern). Ein weiterer Teil der Telefonnummern (24-30%) fiel aus sonstigen Gründen aus, z.B. weil trotz zahlreicher Kontaktversuche niemand erreichbar war, weil kein Interview in der vorgegebenen Feldzeit möglich war, wegen Gesundheits- oder Sprachproblemen, oder aufgrund von Verweigerungen.

Tabelle A.1 Stichprobenumfang und -ausschöpfung in den Querschnittsbefragungen Selects 1995, 1999 und 2003. Absolute Zahlen (N) und Prozent (%).

	1995		1999		2003		2007	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Haushaltsebene								
Ausgewählte Haushalte	22'664	100.0	8'870	100.0	15'005	100.0	12'081	100
Stichprobenneutrale Ausfälle	4'729	20.9	2'527	28.5	2'448	16.3	3'128	25.9
Sonstige Ausfälle	6'874	30.3	2'089	23.6	4'523	30.1	2'704	22.4
Zielperson bestimmt	11'061	48.8	4'254	48.0	8'034	53.5	6'248	51.7
Personenebene								
Kontaktierte Zielpersonen	11'061	100.0	4'254	100.0	8'034	100.0	5706	100
Ausfälle	3'800	34.4	997	23.4	2'143	26.7	888	15.6
Realisierte Interviews	7'261	65.6	3'257	76.6	5'891	73.3	4410 ¹	84.4

¹ Von diesen 4410 Interviews wurden 18 nach der ersten Frage abgebrochen, wenn die befragte Person im Kanton Nidwalden stimmberechtigt waren, da in Nidwalden 2007 stille Wahlen stattgefunden hatten. Konkret wurden 4392 vollständige Interviews realisiert.

Für die verbleibenden etwa 50 Prozent der Telefonanschlüsse wurde unter den wahlberechtigten Haushaltsmitgliedern wiederum zufällig eine Zielperson für das Interview bestimmt. Von diesen Personen fielen jeweils 15 bis 34 Prozent aufgrund von Verweigerungen, Nichterreichbarkeit, Gesundheits- oder Sprachproblemen aus. Auffällig ist, dass die Ausfallquote 2007 deutlich geringer war als noch in den vorhergehenden Befragungen. Rückmeldungen der Interviewerinnen und Interviewer deuten darauf hin, dass das gestiegene Interesse an Politik durch die Wahlen 2007 und damit verbunden eine grössere Bereitschaft, sich an einer Umfrage zu den Wahlen zu beteiligen mit ein Grund für diesen Rückgang der Ausfälle sind.

Insgesamt sind diese Ausfälle zwar beträchtlich, aber nicht unerwartet, was aus der hohen Übereinstimmung zwischen den erwarteten Gesamtzahlen und den Anzahlen der realisierten Interviews aus den voll ausgeschöpften Bruttostichproben abzulesen ist. Grundsätzlich wird eine unvollständige Ausschöpfung grosser Zufallsstichproben auch erst dann zum Problem, wenn die Ausfallursachen in einem systematischen Zusammenhang mit untersuchungsrelevanten Merkmalen der Stichprobenmitglieder stehen.

Zusätzlich zu den Wählerinnen und Wählern wurden 2007 auch sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten befragt. Diese Befragung wurde mittels eines online-Fragebogens sowie durch den Versand eines schriftlichen Fragebogens im Rahmen einer Mahnung an jene, die sich nicht online beteiligt hatten, durch das gleiche Team, welches auch für die online-Plattform smart-vote zuständig ist, durchgeführt. Von den 3181 Kandidaten für den National- und Ständerat (3100 Nationalratskandidierende, 141 Ständeratskandidierende, davon 81 nur für den Ständerat) haben 1707 mitgemacht, was einem Rücklauf von 54% entspricht. Auch hier war der Rücklauf unterschiedlich, was wir ebenfalls durch Gewichtung nach Kantonen und Gewählten/Nicht-Gewählten korrigiert haben.

6.4 Gewichtung

Die effektiv Befragten sind wie erwähnt aufgrund der nach Kantonen aufgestockten Stichprobe sowie aufgrund der selektiven Ausfälle nicht repräsentativ. Diese Verzerrungen gleicht man jeweils mittels Gewichtungen aus. Das Problem dabei ist, dass die Gewichtung eines Merkmals jeweils neue Verzerrungen produzieren kann. Ob, und wenn ja, aufgrund welcher Merkmale gewichtet werden soll, ist in der Literatur nicht unumstritten. Wir haben in allen bisherigen Befragungen das Prinzip angewandt, dass (1) stichprobenbedingte Verzerrungen sowie (2) untersuchungsrelevante Merkmale gewichtet werden.

- (1) Stichprobenbedingte Verzerrung umfassen die Aufstockung der kantonalen Stichproben sowie die unterschiedliche Wahrscheinlichkeit, je nach der Grösse des Haushaltes befragt zu werden. Die Ausgangsbasis der Befragung sind alle Haushalte und jemand in einem 1-Personenhaushalt wird immer, jemand in einem Haushalt mit 4 Stimmberechtigten nur in 25% der Fälle ausgewählt. Diese unterschiedliche Selektionswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit der Grösse der Haushalte wurde allerdings nur 2007 in die Gewichtung einbezogen.
- (2) Untersuchungsrelevant für unsere Frage sind vor allem zwei Merkmale: Beteiligung und Parteientscheid. Diese beiden Verzerrungen haben wir ebenfalls in die Gewichtung einbezogen.

Tabelle A.2. *Kantonsgewichtung (w_k) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) über die Kantone 1995-2007 (in %).*

Kanton	1995			1999			2003			2007		
	GG	Sample	w_k									
ZH	16.8	10.7	1.57	16.9	18.8	0.90	16.8	10.8	1.56	16.8	10.8	1.56
BE	14.7	10.6	1.39	14.6	8.2	1.79	14.5	9.5	1.52	14.5	9.5	1.52
LU	5.0	7.8	0.64	5.0	3.0	1.66	5.0	10.4	0.48	5.0	10.4	0.48
UR	0.6	0.1	6.48	0.5	0.3	1.48	0.5	0.5	1.09	0.5	0.5	1.09
SZ	1.7	0.4	4.43	1.8	1.3	1.40	1.8	0.6	2.87	1.8	0.6	2.87
OW	0.5	0.1	9.45	*	*	*	0.5	0.6	0.87	0.5	0.6	0.87
NW	0.6	0.2	3.24	0.6	0.5	1.22	0.6	0.6	1.01	0.6	0.6	1.01
GL	0.5	7.7	0.06	0.5	0.3	1.48	0.5	0.5	0.92	0.5	0.5	0.92
ZG	1.3	0.4	3.17	1.4	1.0	1.47	1.4	0.6	2.17	1.4	0.6	2.17
FR	3.3	0.9	3.84	3.4	2.0	1.68	3.4	1.5	2.23	3.4	1.5	2.23
SO	3.5	0.8	4.49	3.5	2.3	1.50	3.5	1.2	2.90	3.5	1.2	2.90
BS	2.8	0.9	2.98	2.5	1.4	1.85	2.5	1.0	2.63	2.5	1.0	2.63
BL	3.8	0.9	4.10	3.8	2.5	1.51	3.8	1.2	3.11	3.8	1.2	3.11
SH	1.1	7.9	0.14	1.0	0.6	1.63	1.0	11.2	0.09	1.0	11.2	0.09
AR	0.8	0.3	2.52	0.8	0.5	1.74	0.8	0.7	1.18	0.8	0.7	1.18
AI	0.2	0.1	1.89	0.2	0.2	1.30	0.2	0.6	0.32	0.2	0.6	0.32
SG	6.1	1.8	3.34	6.1	3.6	1.68	6.1	2.3	2.70	6.1	2.3	2.70
GR	2.7	0.5	5.52	2.8	1.3	2.12	2.7	0.6	4.54	2.7	0.6	4.54
AG	7.4	8.1	0.92	7.6	5.1	1.50	7.5	10.9	0.69	7.5	10.9	0.69
TG	3.0	0.8	3.84	3.0	1.6	1.88	3.0	1.2	2.56	3.0	1.2	2.56
TI	4.1	8.1	0.51	4.2	19.0	0.22	4.1	9.5	0.43	4.1	9.5	0.43
VD	7.9	10.4	0.76	7.9	4.6	1.70	7.9	11.0	0.72	7.9	11.0	0.72
VS	3.9	7.8	0.50	4.0	1.8	2.21	3.9	1.4	2.74	3.9	1.4	2.74
NE	2.3	0.7	3.48	2.3	1.5	1.56	2.3	0.8	2.71	2.3	0.8	2.71
GE	4.5	11.8	0.38	4.5	18.1	0.25	4.5	10.2	0.44	4.5	10.2	0.44
JU	1.0	0.3	3.02	1.0	0.6	1.71	1.0	0.5	2.18	1.0	0.5	2.18

* 1999 Stille Wahl in Obwalden, daher Ausschluss aus der Stichprobenziehung.

Tabelle A.2. gibt die Verteilung der Befragten der vier Selects-Querschnittsbefragungen 1995-2007 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten, welche gemäss Bundesamt für Statistik in den jeweiligen Kantonen stimmberechtigt waren, und die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich dabei als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / Sample_k$. Dieses Gewicht stellt ex post die gleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Während das kantonale Gewicht für die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Dieser Ausfallprozess ist systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Beteiligungsverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus Tabelle A.3. ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei den Befragungen angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben, jeweils wesentlich höher ist, als die offizielle Beteiligung an den betreffenden Wahlen: Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1995 bis 2007 zwischen 42 und 49 Prozent lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 62 bis 72 Prozent! Dieses als Overreporting bekannte Phänomen hat vermutlich unterschiedliche Ursachen. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es aber auch sehr plausibel zu vermuten, dass diejenigen, die sich tatsächlich an der Wahl beteiligt haben, in den Stichproben von Wahlbefragungen überrepräsentiert sind.

Wenn man nun derartige Verzerrungen durch Gewichtungen korrigiert, müssen bestimmte Annahmen getroffen werden. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung w_b wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantonsengewichtung als $w_b = GG_b / \text{Sample}_b$ berechnet.

Tabelle A.3. Beteiligungsgewichtung (w_b) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligungen (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 1995-2007 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet.

Teilnahme	1995			1999			2003			2007		
	GG	Sample	w_b									
Ja	42.2	62.1	.68	43.3	61.6	.70	45.2	67.9	.67	48.3	72.3	.67
Nein	57.8	37.9	1.52	56.7	38.4	1.48	54.8	32.1	1.71	41.7	27.2	1.87

Wie *Tabelle A.4.* zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwählerschaften in den Selects-Daten etwas weniger gravierend. Hervorstechend ist aber die auch in anderen Befragungen zu beobachtende Überrepräsentation der SP-Wählerschaft, die allerdings 2007 nur noch minim war. In Ermangelung an Informationen über den Prozess, der zu diesem Phänomen führt, wird hier jedoch wiederum nur angenommen, dass die Parteiwählerschaften, die an den Befragungen teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind.

Die Parteiengewichtung w_p wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen berechnet als $w_p = GG_p / Sample_p$. Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Broschüre präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_b$ verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde im Fall der Wählerwanderungen das Gewicht $w_k \times w_b \times w_p$ benutzt, bei den übrigen Analysen $w_k \times w_p$.

Tabelle A.4. Parteiengewichtung (w_p) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 1995, 1999, 2003 und 2007 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet.

Partei	1995			1999			2003			2007		
	GG	Sample	w_p									
SVP	14.9	14.7	1.01	22.5	22.7	.99	26.7	26	1.03	28.9	28.3	1.02
FDP	20.2	21.0	.96	19.9	20.6	.97	17.3	15.3	1.13	15.8	15.2	1.04
CVP	16.8	12.2	1.38	15.9	13.8	1.15	14.4	14	1.03	14.4	16.6	.87
SP	21.8	31.2	.70	22.5	28.3	.80	23.3	29.7	.78	19.5	19.8	.98
Grüne	6.5	5.2	1.26	5.3	3.4	1.54	8.0	6.4	1.25	9.6	10.9	.88
Übrige	19.8	15.7	1.26	13.9	11.2	1.24	10.3	10.3	1.19	11.7	9.2	1.27

Analog zu den Verzerrungen in der Wählerbefragung haben wir auch die Verzerrungen in den Kandidierendenbefragung ausgeglichen. Hier sind wir allerdings leicht anders vorgegangen und haben die rund 1700 Antwortenden auf alle 3100 Kandidierenden hinaufgewichtet. Deshalb entspricht das in den Tabellen ausgewiesene N jeweils nicht den rund 1700 Befragten, sondern den rund 3100 Kandidierenden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass insbesondere bei der Auswertung der Wahlkampfausgaben die als Total ausgewiesenen Angaben bereits für alle Kandidierenden gelten und nicht mehr aufgerechnet werden müssen. Bei der Gewichtung haben wir jedoch differenziert Gewählte und Nicht-Gewählte in jedem Kanton separat hinaufgewichtet, da der Rücklauf in diesen Gruppen sehr unterschiedlich war (Tabelle A.5). In einem zweiten Schritt haben wir dann noch bestehende Verzerrungen zwischen den Parteien ausgeglichen (Tabelle A.6). Auch hier treffen wir Annahmen, dass die Antwortenden jeweils repräsentativ sind für alle in der entsprechenden Gruppe.

Tabelle A.5. Gewichtung der Kantone Gewählten und Nicht-Gewählten. Stichprobe ist mit w_k gewichtet.

	Gewählte			Nicht-Gewählte		
	GG	Sample	W_{kand}	GG	Sample	W_{kand}
ZH	34	15	2.3	770	333	2.3
BE	26	20	1.3	488	271	1.8
LU	10	6	1.7	123	82	1.5
UR	1	1	1.0	0	0	
SZ	4	3	1.3	44	30	1.5
OW	1	1	1.0	3	2	1.5
NW	1	0		0	0	
GL	1	1	1.0	2	1	2.0
ZG	3	3	1.0	30	20	1.5
FR	7	3	2.3	73	43	1.7
SO	7	5	1.4	74	43	1.7
BS	5	5	1.0	83	43	1.9
BL	7	4	1.8	78	45	1.7
SH	2	2	1.0	12	7	1.7
AR	1	1	1.0	0	0	
AI	1	0		0	0	
SG	12	5	2.4	219	129	1.7
GR	5	4	1.3	56	34	1.6
AG	15	9	1.7	224	117	1.9
TG	6	4	1.5	69	44	1.6
TI	8	6	1.3	71	43	1.7
VD	18	13	1.4	206	104	2.0
VS	7	1	7.0	125	72	1.7
NE	5	4	1.3	50	40	1.3
GE	11	8	1.4	86	36	2.4
JU	2	2	1.0	14	7	2.0

Tabelle A.6. Parteiengewichtung (w_{kandp}) der Kandidatenbefragung auf der Basis der effektiv Kandidierenden (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) (in %). Stichprobe ist mit W_{kand} gewichtet.

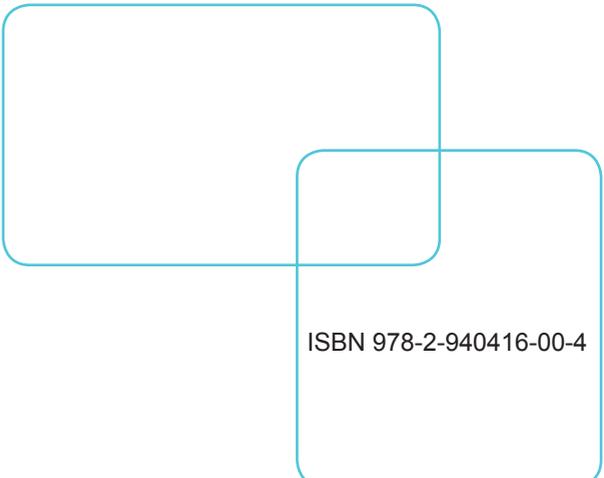
	GG	Sample	W_{kandp}
SVP	13.2	12.0	1.10
FDP	14.1	13.2	1.07
CVP	12.0	11.8	1.01
SP	13.2	15.3	0.87
GPS	13.4	16.6	0.80
Übrige	34.1	31.1	1.10

Ausgewählte Literatur mit Ergebnissen aus dem Selects-Projekt

- BFS, Bundesamt für Statistik (2003). *Nationalratswahlen 2003: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2004). *Die Frauen bei den Nationalratswahlen 2003. Entwicklung seit 1971*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2006). *Nationalratswahlen 2003. Übersicht und Analyse*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2007). *Nationalratswahlen 2003. Die Wählerinnen und Wähler unter der Lupe*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- BÜHLMANN, Marc, Sarah NICOLET und Peter SELB (Hrsg., 2006). *National Elections in Switzerland, Sonderheft der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, 12 (4)*.
- FARAGO, Peter (1996). *Wahlen 95*. Bern/Genf/Zürich: Institute für Politikwissenschaft der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- HIRTER, Hans (2000). *Wahlen 1999*. Bern/Genf/Zürich: Institute für Politikwissenschaft der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- KRIESI, Hanspeter, Romain LACHAT, Peter SELB, Simon BORNSCHIER und Marc HELBLING (Hrsg., 2005). *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*. Zürich: NZZ.
- KRIESI, Hanspeter, Wolf LINDER und Ulrich KLÖTI (Hrsg., 1998). *Schweizer Wahlen 1995*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- SCHLOETH, Daniel (1998). *Vor die Wahl gestellt. Erklärungen des Wahlverhaltens bei den Eidgenössischen Wahlen 1995*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- SCIARINI, Pascal, Sibylle HARDMEIER und Adrian VATTER (Hrsg., 2003). *Schweizer Wahlen 1999 – Elections Fédérales 1999*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- SELB, Peter and Romain LACHAT (2004). *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*. Zürich: Institut für Politikwissenschaft.
- SELB, Peter (2003). *Agenda-Setting Prozesse in Wahlkampf*. Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- WERNLI, Boris (2001). *Contraintes Institutionelles, Influences Contextuelles et Participation aux Elections Fédérales en Suisse*. Berne/Stuttgart/Vienna: Haupt.

SVP und Grüne sind die Sieger der Wahlen 2007, SP und FDP die Verlierer: Die Befragung von 4392 Stimmberechtigten und 1707 Kandidierenden im Rahmen des Wahlforschungsprojektes Selects sagt, warum. Selects ist ein seit 1995 bestehendes Projekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten Schweizer Universitäten getragen wird. Das Selects-Projekt wurde auf Anfang 2008 der neu gegründeten Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (FORS) in Lausanne angegliedert. Die Befragungen sowie Druck und Übersetzung dieser Broschüre wurden durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützt.

Dr. Georg Lutz, der Autor dieser Studie, ist seit 1. Januar 2008 Selects-Projektleiter. Er beschäftigt sich in Lehre und Forschung hauptsächlich mit politischem Verhalten und politischen Institutionen.



ISBN 978-2-940416-00-4